

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

153 (5.7.1919) Erstes Blatt

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassier monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/2-11 und 2-4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonielzeile od. deren Raum 25 S., zugl. 80 % Zeilungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmest. 1/2 1/2 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuoor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Der Friedensvertrag im englischen Parlament.

Amsterdam, 4. Juli. Neuter meldet aus London über die Unterhausführung am 3. Juli: Ein dicht gedrängtes Haus brachte Lloyd George lebhaftest Ovationen dar. Lloyd George verteidigte die Bestimmungen des Vertrages und belohnte Deutschlands Schuld. Der Friedensvertrag bewege, Deutschland zu zwingen, soweit wie möglich wieder herzustellen, zu ersehen und wieder gut zu machen und ein Exempel an Deutschland zu statuieren, welches ehrgeizige Herrscher und Politiker davon abhalten werde, eine solche Niedertracht zu wiederholen. Ueber die Lage Frankreichs behauptete Lloyd George die Notwendigkeit, es gegen unbedingte Angriffe sicher zu stellen. Er sagte, wenn der Völkerverbund einen Krieg verhindern, so sei der Bund dadurch gerechtfertigt. Lloyd George verteidigte den einstweiligen Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerverbund. Wenn Deutschland zeige, daß es durch das Feuer des Krieges geläutert sei und einsehe, daß eine Politik ein schwerer Fehler gewesen sei, dann sei es ein geeignetes Mitglied des Völkerverbundes. Lloyd George behandelte ausführlich das Mandatsystem und das Arbeitsabkommen. Er betonte, die Rolle, die das britische Reich im Kriege gespielt habe, indem es 7.700.000 Mann für die alliierten Streitkräfte stellte und 8 Millionen Mann Verluste hatte. Ohne das britische Reich würde der Krieg nach sechs Monaten zusammengebrochen sein. Die Rolle Großbritanniens sei ein großartiges Beispiel, was ein großes Volk, das einzig von einem gemeinsamen Ziel befeuert sei, erreichen könne. Lloyd George appellierte an die patriotische Einigkeit und die Fortdauer des patriotischen Geistes, der allein den Krieg gewonnen habe, und allein zum wahren Triumphe führe.

London, 3. Juli. Unterhaus. Adamson behielt sich im Namen der Arbeiterpartei eine eingehende Kritik bis zur zweiten Lesung vor. Er sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk jetzt vor der Friede unterzeichnet sei, einsehen werde, daß die einzige Aussicht für eine friedliche und geordnete weitere Entwicklung darin bestehe, daß es versuche, die Friedensbedingungen auszuführen. Er hofft, daß Deutschland, wenn es so handle, seine Aufgabe leicht gemacht werden würde, und daß man es mit größtmöglicher Berücksichtigung behandeln werde. Carson sollte den Verdienst, die britische Regierung werde erjucht werden, den früheren Kaiser, der vor einem internationalen Gerichtshof gebracht werden würde, auszuliefern. Dies sei nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch eine durchaus notwendige Sicherung gegen zukünftige Angriffe.

London, 4. Juli. Oberhaus. Lord Curzon gab eine ähnliche Erklärung ab wie Lloyd George im Unterhaus. Er kam auf die Revisionen zu sprechen, die für den Krieg verantwortlich seien und sagte: Die britische Regierung werde erjucht werden, den früheren Kaiser, der vor einem internationalen Gerichtshof gebracht werden würde, auszuliefern. Dies sei nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch eine durchaus notwendige Sicherung gegen zukünftige Angriffe.

### Die Auslieferungsnote.

Amsterdam, 4. Juli. Das neuterische Büro meldet aus London vom 3. Juli: Es verlautet, daß die an Holland zu richtende, die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers betreffende Note von 22 oder 23 Mächten unterschrieben sein wird. In den Verhandlungen des britischen Parlaments verlautet, daß das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Kaiser vom Ausbruch geregelt werde, den die Alliierten zur Durchführung der Friedensbedingungen errichteten. Der Gerichtshof werde aus 5 Richtern bestehen, die von den 6 Großmächten dazu erwählt sind. Man hoffe, daß die Gerichtsverhandlung im Herbst stattfinden werde, und erwartet zuversichtlich, daß der Kaiser zugewiesen sein werde, da seine Auslieferung von sämtlichen alliierten und assoziierten Mächten gefordert werde.

### Unruhen in Italien.

Vern, 4. Juli. Die Bewegung gegen die Lebensmittelsteuer in Italien greift immer weiter um sich. In Florenz wurde der Generalstreik erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgeraubt. Die Unruhen in Florenz gehen weiter. In Livorno kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia, sowie die Marken sind von der Bewegung, die deutsch politischen Charakter zeigt, ergriffen. In fast allen Hauptorten dieser Provinzen wurde der Generalstreik erklärt unter der Drohung, sofort zu gewalttätigen Mitteln zu greifen, wenn die Forderung auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht unbedinglich erfüllt werde.

Vern, 5. Juli. Nach Aufhebung der Zensur hat heute der „Avanti“ mitteilen können, daß bei den drei Wochen in Spezia ausgebrochenen Unruhen die Marinetruppen sich weigerten, die Schiffe zu verlassen. Als man darauf Artillerie aufzufuhr, verübten sie sich mit der Menge und mußten in die Kasernen zurückgebracht werden. Nach weiteren Zeitungsmeldungen wurden auch in Ravenna Unruhen gestürt und geplündert. In Livorno, wo es sieben Tote gab, wurde auf dem Dome die rote Fahne gehißt. Auch in Genua ist es am Donnerstag zu Zusammenstößen mit französischen Soldaten gekommen. Die Soldaten flüchteten schließlich in einen Versammlungsraum amerikanischer Truppen. „Versewanz“ bemerkt dazu, daß sie innerhalb weniger Tage der zweite derartige Zwischenfall in Genua.

Berlin, 4. Juli. Laut „Avanti“ erklärte d'Aragnia, Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes im Newport, Italien befinde sich nach dem Kriege in Verhältnissen, die zum Bankrott führen müßten. Das Volk sei von einer revolutionären Bewegung ergriffen, und die Lage sei so schwer, daß Nachrichten, die aus Italien kommen und von einer revolutionären Bewegung und von Blutvergießen sprechen, nicht überraschen dürften.

### Das neue Palästina.

Suez, 4. Juli. Laut „Nouvelle Courant“ wird dem Jüdischen Konventionenbüro aus Paris gemeldet, daß im Frieden-

vertrag mit der Türkei deutlich formuliert ist, daß Palästina den Juden als nationaler Wohnsitz unter englischem Protektorat zurückgegeben wird. Die offizielle Sprache wird die englische, hebräische und arabische sein.

### Krankheit und der Vatikan.

Berlin, 4. Juli. In der Sitzung der französischen Kammer erklärte bei der Besprechung der Interpellation über die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan der sozialdemokratische Deputierte Jean Bon, das Vorgehen der Regierung, die durch Dekret die Bischöfe von Metz und Straßburg anerkannt habe, sei rechtswidrig, weil Esch-Röhringen nicht nur unter der Trennung von Kirche und Staat, sondern unter dem Concordate stehe. Die Kurie habe bisher auch nicht auf die Aufhebung der Titularbischöfe für Straßburg und Metz verzichtet. Diese seien vielmehr noch im Amt. Der Vatikan werde bezüglich Frankreich ein zweites Concordat unterzeichnen zu lassen. Unter lebhaftem Beifall der Linken und Protestanten der Rechten rief Jean Bon aus, das würde den Bürgerkrieg im Lande bedeuten. Der Augenblick hierfür sei aber vorbei. Der Hauptzweck des Völkerverbundes sei nicht auf dem vatikanischen Hügel, sondern in Genf, denn Rom sei in Konturs geraten. Wir haben gehofft, sagte der Redner, Rom würde seine Stimme gegen den Krieg erheben, aber fünf Jahre haben wir vergebens darauf gewartet. (Lebhafte Beifall auf allen Seiten mit Ausnahme der äußersten Linken.) Am 30. Juli 1914, wenige Stunden vor seinem Tode, habe Jaurès gesagt: es werde ein Krieg der Jesuiten sein. (Diese Worte riefen einen großen Tumult hervor, verschiedene Abgeordnete des Zentrums und der äußersten Rechten protestierten stürmisch.) Jean Bon erklärte weiter, der Krieg sei durch die Jesuitenpartei am Wiener Hofe beschloffen worden.

### Der englisch-französische Defensiv-Vertrag.

London, 4. Juli. Neuter. Der englisch-französische Vertrag, der gestern Abend veröffentlicht wurde, bestimmt, daß Großbritannien, wenn die Artikel 42, 43 und 44 des Friedens-Vertrages mit Deutschland keine genügende Sicherheit und keinen genügenden Schutz für Frankreich bieten sollten, verpflichtet ist, im Falle nicht herausgeforderter Angriffsbewegungen Deutschlands gegen Frankreich, diesem zu Hilfe zu kommen. Dieser Vertrag wird dann in Kraft treten, wenn der englisch-französisch-amerikanische Vertrag ratifiziert wird. Der Vertrag muß vom Völkerverbund als mit dem Völkerverbund vereinbar gefunden werden und wird solange in Kraft bleiben, bis der Rat der Ansicht ist, daß der Völkerverbund selbst genügenden Schutz bietet.

### Bestellung der deutschen Kolonien.

Amsterdam, 2. Juli. „Telegraaf“ meldet aus Paris, daß die Verhandlungen über Kamerun und Togo zu einer Einigung zwischen England und Frankreich geführt haben. Die Demarkationslinie sei ungefähr so, wie sie im März 1916 festgelegt wurde. Frankreich erhält die Hauptstadt von Togo Lomo und vier Fünftel von Kamerun mit Dualoa und den ganzen Eisenbahnen. Frankreich tritt einen wichtigen Teil von Togo, dessen Einwohner Anschluss an die englische Goldküste suchen, an England ab.

### Eisenbahnerstreik.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Die Stilllegung des Zugverkehrs ist seit 7 Uhr abends größer und weit strenger durchgeführt als tagüber.

Die „Zeff. Sig.“ meldet: Der Streik der Frankfurter Eisenbahner hat durch die Einbeziehung von anderen Stationen des Direktionsbezirks in die Bewegung eine vollständige Verkehrshemmung erfahren, die sich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete immer mehr bemerkbar macht. Von Freitag an wird der Eisenbahnerverkehr vollständig eingestellt werden. In den Kreisen der Streikleitung nimmt man an, daß sich auch die Bezirke Hammover, Kassel und Erfurt der Bewegung anschließen werden. Die Bewegung ist, von belanglosen Zwischenfällen abgesehen, bis jetzt ruhig verlaufen.

Heidelberg, 4. Juli. Die Beamten und Arbeiter der Main-Neckarbahn sind heute früh in den Ausstand getreten.

Aus Berlin wird geschrieben: Der in Berlin vorläufig beilegte Eisenbahnerstreik ist nach Frankfurt am Main und Umgebung verlegt worden. Kein Wunder, da die politischen Bühnen gerade dort Erfolg haben. Frankfurt ist der Sitz des Zentralkomitees, der die bekannten kommunistischen Flugblätter verbreitet und seit Monaten der Herd der rabiaten Verheerungsarbeiten unter den Eisenbahnern. Die Injizierung des Streiks in Frankfurt am Main gerade im jetzigen Zeitpunkt beweist wieder die volkstümliche und selbstständige Absicht der politischen Drahtzieher. Sofort nach der für Anfang nächster Woche angekindigten Ratifizierung des Friedens durch Deutschland soll der von allen Deutschen so heiß ersehnte Militärtransport unserer armen Kriegsgefangenen beginnen. Mittelpunkt für diese Missionen muß naturgemäß Frankfurt am Main sein. Selbst wenn bis dahin der Streik beendet sein sollte, müßten die Schäden, die in dem Betriebe und unter dem Maschinenpark der Eisenbahnen angerichtet wurden, so bedeutend sein, daß die Transporte der Gefangenen dadurch empfindlich leiden müßten.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Die Streikleitung legt Wert darauf, zu erklären, daß sich ihre Forderungen lediglich auf wirtschaftlichem Gebiete bewegen, und daß sie politischen Strömungen keinerlei Einfluß gewähren werden. Es handle sich durchaus nicht um einen logenamennten Streik, sondern die Bewegung liege in den Händen der Organisationen.

### Eisenbahnerstreik in Portugal.

Lissabon, 4. Juli. Agence Oavas. Die Truppen überwachen die Bahnhöfe. Die Eisenbahner haben nunmehr den gesamten Verkehr eingestellt.

### München — Hamburg. Ein Nachwort.

Karlsruhe, 5. Juli.

Es liegt kein ersichtlicher äußerer Anlaß vor, der Deutschland in allen Ecken und Werten wieder den sinnlosen Geplagenheiten einer veralteten Revolutionspraxis ausliefert. Und doch ist es nicht zufällig, daß gerade jetzt Streikbewegungen mit sinnlosen Lohnforderungen und Revolten rein politischen Charakters wie auf gemeinsamen Konferenzbeschluss losbrechen. Der Friedensvertrag ist unterzeichnet. Die Blockade wird in kurzem aufgehoben werden. Arbeitslosigkeit wird in Hülle und Fülle da sein. Sie wird sich nicht nur aus der Wiederanfnahme des unterbrochenen Auslandshandels ergeben, sondern aus dem Versailler Friedensvertrag, der in mancherlei Hinsicht — beispielsweise in der Verpflichtung zur jährlichen Lieferung von 200.000 Schiffstonnen — als Auftragsgeber wirkt. Durch den Import von Lebensmitteln und einer mäßigen Verbilligung des Nahrungsmittelbezuges wird zudem die Lebensweise des deutschen Volkes in einen Verfall gelenkt werden, innerhalb dessen die Politik des Bolschewismus auf sehr natürliche Abneigungen stoßen wird. Daran hat die Vernunft ein Interesse und diejenigen Elemente, welche ein Atemholen nach der Kriegsmiedelage sowie eine Wiederherstellung unserer Wirtschaftskraft nicht feiner vom Gang der Dinge gebotenen Entwicklung zum Sozialismus wollen. Daran hat die Ordensbrüderlichkeit vom ehrwürdigen Spartakus und ihre Gefolgskolonne von der U.S.R. kein Interesse und so machen sie Kampf. In der letzten Minute der Kriegskliquidation und der Hungerkollaterale, im Vertrauen auf die Empörung, die aus der beständigen Unterernährung und aus dem Verdruß an einem unter Arbeitslosigkeit hingebachten Leben sich leicht einstellt, injizieren die merkulridigen Säulenheiligen der R.B. und der U.S.R. Kravalle „Jetzt oder nie“ in ihre Parole. Sie wissen sehr genau, ihre Stunde ist vorbei, sobald die allgemeine Unzufriedenheit ihre Bezugsquelle aus dem permanenten Hungerleben erschöpft.

Wir haben freilich Grund, gegen die Politik des falschen Mogens misstrauisch zu sein. Aber seien wir auch misstrauisch gegen eine Politik der permanenten Unterernährung. Sie will Brot und ruft Spartakus. Spartakus gibt zwar kein Brot, aber er wirft Schlagworte wie „Diktatur des Proletariats“, „Weltrevolution“ und „Räteystem“ hin. An diese Vorworte hängen sich die Unglücklichen seiner Gefolgskolonne und beküben ihren Hunger mit einer leeren Ideologie.

Was kommt dabei heraus? Das richtige Ergebnis ist ein mindestens augenblickliches Ueberhandkommen der Militärgewalt. Sobald der Hunger mel anfangt, geht die Bewegung zunächst schon nach links. Die Regierung des Mehrheitssozialismus wird gestürzt, die Unabhängigen bekommen das Ruder in die Hand. Aber sie verlieren es auch so schnell, wie sie es ergriffen haben und die Kommunisten kommen an die Reihe. Auch die vliegen für viele noch nicht „revolutionär“, noch nicht „proletarisch“, noch nicht „marxistisch“ genug zu sein. Anarchistische Elemente bemächtigen sich der Regierung und spielen unter Mißbrauch der proletarischen Interessen und ohne Legitimation des Proletariats „Revolutionärsdiktatur“. So war es in München, so ist es jetzt in Hamburg gewesen. Lange dauert die Herrlichkeit nicht. Die Zeit der Diktatur ist vorbei. Wenigstens auf der Kulturstufe, die das deutsche Volk erreicht hat, ist sie vorbei. Die Demokratie stemmt sich gegen sie an und der bleibt nichts anderes, als die militärische Notwehr. Es ist halbwegs ein Kontrakt mit dem Teufel, aber in der Not, die ihr von jener erwächst, weiß sie keinen anderen Rat. So gleitet das Heft in die Hand eines Generals. In München ist es gelungen, es der Generalkat wieder abzunehmen, aber wer will garantieren, daß es überall, wo es zu dieser Entwicklung kommt, so sein wird? In dem Augenblick, wo der Ruch niedergeklagen ist, triumphiert nicht nur der Militärhefeshelober. Es triumphiert gewisse politische Parteien, die nun ihrerseits an Diktatur denken. Wer will uns dabei helfen, daß es nicht einmal bei so einer militärischen Diktatur bleibt? In Hamburg hat Lettow-Vorbeck den vorkrieglichen Ruch niedergeklagen. Mit diesem Kolonialhelden treibt die Partei der monarchistischen Verächter einen recht auffälligen Kunst. Eine leichte Sache wird es nicht sein, ihm beizubringen, daß er seine Schuldigkeit getan hat und allmählich an den Abau seiner Diktatur denken soll. Augenblicklich benimmt er sich jedenfalls wie ein vorkrieglicher Stoppkommandant. Und das ist immer das Ende vom Liede: die proletarische Diktatur ist angepöbelt, die militärische tritt ein. In einer Zeit, die uns von Feindesseite in eine nationalpolitische Schwelle hineingetrieben hat, war es gerade noch nötig, die nationalpolitische Fieberglut durch vpartakistische Mander weiter zu erhitzen.

Worauf die nur hoffen mögen, die noch immer den Aufbau des Räteystems anstreben? Als ob das eine Sache wäre, die wir bloß mit uns allein auszumachen hätten. Als ob das in dem operarätigen Stadium nicht mehr denn je eine Entscheidung von internationaler Bedingtheit wäre. Die Franzosen, die Amerikaner hätten ja auch noch etwas dazu zu sagen und wie sie sich samt ihrem Proletariat dazu stellen, das wissen wir. Nehmen wir an, die Rätehe-

nk mit einer Zentralregierung von Ordensheiligen des ehrwürdigen Spartakus sei aufgerichtet. Mit dem Moment ist die deutsche Unterzeichnung unter dem Versailles Vertrag hinwillingig. Und wenn die Regierung Spartakus hundertmal alle Verpflichtungen, die mit der Unterzeichnung übernommen sind, anerkennt, die Entente kann sich darauf nicht einlassen. Es würden mit der Erhebung der Rätebürokratur Zustände von einer Unsicherheit und Unberechenbarkeit eintreten, angesichts derer jede Verpflichtung illusorisch würde. Denn hätten wir doch noch den Einmarsch der Ententetruppen. Um dieses Unglück zu verhüten, haben wir den Ostschlesienvertrag von Versailles unterzeichnet. Einzigartige Führer der Unabhängigen haben zuerst dazu geraten. Einzigartige Führer der Unabhängigen haben zuerst dazu geraten. Nun wäre alles umsonst. Nach dem Unglück wäre über uns gekommen. Was soll's? Weil die Sterilität spartakistischer Nachfolger des Bolschewismus ihr Spielzeug "Rätebürokratur" haben wollten.

Die Franzosen und Engländer würden es ihnen schon austreiben.

Was die Engländer mit Agitatoren verfahren, die von fern nach bolschewistischen Lehrmeistern aussehcn, davon ist uns ein Beispiel bekannt. In Köln war unlängst ein Lohnstreik ausgebrochen. Die Militärverwaltung bestand auf Schlichtung durch ein parteilich besetztes Schlichtungsgericht. Dieses sollte einen Kompromißspruch. Der Streik dauerte fort. Tags darauf erschienen in aller Herrgottfröhe englische Soldaten in den Wohnungen der Agitatoren und verhafteten sie aus den Betten heraus. Vier Wochen lang befand niemand diese zu sehen. Als sie wieder kamen, hat keiner von ihnen mehr an Streikagitatorien gedacht. Von den Franzosen hört man noch Erbärmliches und das würde unter Verschärfung so bleiben, wenn die feindliche Besetzung ins Land käme. Wir bedanken uns denn doch, für die Verücktheit der U.S.P.-Partei und ihrer spartakistischen Gewaltertschaft zu allem noch die Strafe der feindlichen Besetzung auf uns zu nehmen.

### Die neue Erbschaftsteuer.

Der Entwurf des deutschen Erbschaftsteuergesetzes, der demnächst zur Beratung gelangen soll, sieht eine sehr beträchtliche Befreiung der Erbschaften vor. Es ist Doppelbesteuerung vorgezogen: Nachlaß- und Erbschaftsteuer.

Die Nachlaßsteuer wird vom gesamten Nachlaß als solche ohne Rücksicht auf die Personen erhoben, auf die er im Wege der Vererbung übergeht. Die Nachlaßsteuer beträgt: für die ersten angefallenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Nachlaßvermögens 1%, für die nächsten angefallenen oder vollen 300 000 Mark 2%, 500 000 Mark 3%, 1 000 000 Mark 4% und die weiteren Beträge 5%. Für die Berechnung der Steuer ist zu beachten, daß von dem Nachlaßvermögen stets der Betrag von 20 000 Mark vorweg als nicht steuerpflichtig abzugsfähig und daß im übrigen auch hier der Grundbetrag der Durchschlafung durchgezählt ist. Die Nachlaßsteuer für einen Nachlaß in Höhe von 600 000 Mark würde demnach, um ein Beispiel anzuführen, sich folgendermaßen berechnen:

20 000 Mark	—
200 000 "	2 000 Mark
300 000 "	6 000 "
80 000 "	2 400 "
600 000 Mark	10 400 Mark

Die Erbschaftsteuer soll nach dem neuen Entwurf betragen: für die ersten angefallenen oder vollen 20 000 Mark des steuerpflichtigen Erbes in den sechs nach dem Vermögensverhältnis gestaffelten Steuerklassen, 4, 5, 6, 8, 10 und 15%, für die nächsten angefallenen 30 000 Mark auf 5 bis 20% steigen und dann in Stufen von weiteren 50 000 Mark, zweimal je 100 000 Mark, 200 000 Mark und 500 000 Mark auf 15 bis 45%, darüber hinaus auf 20 bis 50% erhöht werden. Außerdem erhöht sich die Steuer bei von dem vorhandenen Vermögen von 100 000, 200 000, 300 000, 500 000 und eine Million Mark um 10, 20, 30, 40 und 50% ihres Betrages. Es würde sich also, um ein Beispiel zu nehmen, der Nachlaß von 100 000 Mark an ein eheliches Kind des

Erblässers, das bereits ein Vermögen von 200 000 Mark hat, wie folgt stellen:

5 000 Mark	—
20 000 "	800 Mark
30 000 "	1 500 "
45 000 "	2 700 "
10%	5 000 Mark
	500 Mark
	5 500 Mark

Vorgehen ist noch, daß uneheliche Kinder ebenfalls erbberechtigt sind. Um Erbschaften ebenfalls zu erfassen, ist eine Erhöhung der Schenkungssteuer rückwirkend vom 31. Dezember 1916 ins Auge gefaßt.

### Badischer Landtag.

35. Öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 4. Juli.

Präsident Kayser eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr. Im Eingang befindet sich ein Schreiben des Abg. Spieth-Mannheim (Soz.), in dem er aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niederlegt. Sein Nachfolger wird gemäß dem Ergebnis der Proportionalwahlen Valentin Bauer (Soz.), Gewerkschaftsleiter in Heidelberg.

#### Schluss der Volkshochschule.

Die Anträge des Abg. Königberger (Soz.), Refer (Dem.), betr. paritätische Befreiung der Volkshochschule werden zurückgezogen. Dafür ist ein neuer sozialdemokratischer Antrag eingegangen, demzufolge hat schließlich eine paritätische Behandlung bei Befreiung der Volkshochschule eingetreten.

#### Abg. Königberger (Soz.):

Die verschiedenen Reden zeigen die Notwendigkeit einer Reform eines gesunden geistigen Entwicklung der Universitäten. Kollege Göttsch ist nicht nur bekannt als berühmter Forscher und Lehrer, sondern auch als weiserer Mann. Umsonst bedauere ich nicht, daß er die Wirklichkeit nicht sieht. Die kapitalistischen Verhältnisse, der oligarchische Charakter der Universitätsverwaltung sind schuld an den bestehenden Mängeln. Die vorgeschriebene schwarze Kleidung beim Doctorexamen sollte bei der heutigen Teuerung weggelassen werden. Die Art, wie einzelne der bereits vorgenommenen Reformen in den Universitäten aufgenommen wurden, zeigt, daß man in diesen Kreisen wenig Verständnis für die Reformen hat. Durch entsprechende Ausführungsbestimmungen werden einzelne Reformen wieder zunichte gemacht. Eine paritätische Befreiung der Volkshochschule, an denen eine Weltanschauung gelehrt wird, ist notwendig. Das Unrecht, das in der vergangenen Zeit einem Freiburger Studenten geschah, muß wieder gut gemacht werden. Unter Weltanschauung versteht man hierbei eine der von den verschiedenen politischen Parteien getragenen Weltanschauungen. Wenn die Fakultäten diese Weltanschauungen nicht berücksichtigen, so muß die Regierung hierfür Sorge tragen. Für unseren Antrag kommen in Betracht: Nationalökonomie, Arbeiterrecht, Geschichte, Philosophie, Pädagogik. Die Angaben über die Einnahmen ordentlicher Professoren sind meinerseits nicht übertrieben, sondern sind zu billig. Eine Befreiung der Volkshochschule ist notwendig; die Art, wie den Freiburger Assistenten gekündigt wurde, ist nicht zu billigen. Die Volkshochschule ist die notwendige Ergänzung zum Achtstundentag; sonst verliert er seinen Sinn. Die Volkshochschule wird uns die universelle Bildung geben. Nicht nur für das Volk, sondern auch für die Studenten. Die Professoren, die sich während des Krieges mit Politik beschäftigten, bewiesen, daß sie nicht jenseit politische Einsicht besitzen, als viele organisierte Arbeiter. In der Medizin und in den Naturwissenschaften führt die Engherzigkeit zur Spezialisierung. Statt vieler dezentralisierter Institute sollte eine große Zentralanstalt für naturwissenschaftliche Gebiete bestehen. Es ist zu hoffen, daß bei gründlicher Überlegung auch die ordentlichen Professoren einsehen, daß die verschiedenen Ausführungen im Interesse der Universitäten liegen.

Unterrichtsminister Gummel bemerkt, daß für den Antrag Königberger seine Interpretation aus der letzten Sitzung bestimmend sei.

Von dem Abg. Mayer-Karlsruhe (Dtsch.-Natl.) ist ein Antrag eingegangen, bei Befreiung der Volkshochschule die verschiedenen Weltanschauungen im Benehmen mit den Fakultäten soweit als möglich zu berücksichtigen.

Dieser deutsch-nationale Antrag wird abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag schließlich bei Befreiung der Volkshochschule die Weltanschauungen vertreten, eine paritätische Behandlung bei der Befreiung einzutreten zu lassen) wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen ange-

nommen. Ferner wird der Zentrumsantrag auf weitere Umarbeitung der Univeritätsreform angenommen.

Die Univeritätsinterpellation wird geschlossen. Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) berichtet über die der Befreiung des Landtags vorbehaltene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918 betr. die

#### Erhebung von Tagen

für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldberechtigungen und Vorzugsaktien sowie zur Erziehung von Aktien-gesellschaften. Die Kommission beantragt Aufhebung der Verordnung vom 5. August 1918. Ferner wird in einem vorliegenden Gesetzentwurf verlangt, daß diese weiteren Tagen mit rückwirkender Kraft in denjenigen Fällen eingeführt werden können, in denen bei der Erteilung der Genehmigung den Antrag einer Tage vorbehalten wurde.

Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag auf Aufhebung der Verordnung angenommen.

Abg. Frau Mar. Weber (Dem.) begründete folgende Interpellation: Ist der Regierung bekannt, daß der Schutzverband stellenloser Kaufleute und Büroangestellter (St. Kaufmann) Gau Baden, Mannheim, Heinrich Langstraße 3 sich gestattet, bei badischen Handelsfirmen eingehende Erhebungen über Personalfragen, hauptsächlich aber über langjährige weibliche Hilfskräfte zu machen und behauptet, daß er das Recht habe, deren sofortige Entlassung auszusprechen und diejenigen seinerseits sofort durch männliche Stellensuche zu ersetzen? Was gedenkt die Regierung gegen diese

#### Protestmarchierung der Frauen

zu tun. Einen Hauptzweck seiner Tätigkeit sieht der deutsch-nationale Handlungshilfsverband in der Bekämpfung der Frauenarbeit. Bei anderen Berufsgruppen liegen jedoch auch ähnliche Verhältnisse vor. Die Verdrängung der Frau ist berechtigt auf der Eisenbahn, sowie im Falle ungenügender Vorbildung. Durch die heutigen Verhältnisse wird die Frauenarbeit jedoch notwendig. Ungezählte Frauen sind heute zum Erwerb gezwungen, die es vor fünf Jahren noch nicht waren. Wohin sollen die Frauen gehen, wenn die Bestrebungen des deutsch-nationalen Handlungshilfsverbandes oder gar des Schutzverbandes durchdringen? Notwendig ist eine höhere soziale Schätzung der Wäbinnen in häuslichen Stellungen. Der gegenwärtige Gewerkschaftslohn stellt sich auf den Boden gleicher Vergütung von Männern und Frauen. Die Männer sollten von ihren härteren Haupten keinen Gebrauch machen.

Arbeitsminister Müldert: Die Regierung hat von diesen Vorgängen erst durch die Interpellation Kenntnis erhalten. Der Schutzverband war in Mannheim durch eine Persönlichkeit vertreten worden, die sehr benedictine Mittel anwendete. Die betr. Person ist jetzt ausgeschaltet worden, wodurch es besser wird. Wenn die Industrie dem Verbands keine Mittel mehr zustellt, wird es besser werden. Die Verordnung des Mobilmachungsamtes, daß diejenigen, die nicht auf Erwerb angewiesen sind, keinen Platz machen, ist auf Erwerb angewiesen sind, können wir nicht ändern. Es muß den Leuten Platz gemacht werden, die auf Arbeit angewiesen sind. (Sehr richtig!) Es ist eine füllige Pflicht, den heimkehrenden Soldaten Erwerbsgelegenheit zu geben. Auch wegen der hohen Ausgaben für die Arbeitslosen ist die Verordnung nötig. Wir können daher die Verhältnisse nicht ändern.

Abg. H. Rigel (Ztr.): Es wächst in der Großstadt eine zahlreiche weibliche Jugend auf, die für das Handlungsgewerbe besser geeignet ist, als im häuslichen Dienst. Ich frage mich, daß sich viele Frauen schämen hinter die Frauennarbeit stellen. Der Zudrang zu den Handelsschulen ist sehr stark, weil für die weibliche Jugend keine andere Bildungsmöglichkeit da ist. Frauen, die im Krieges einen anderen als ihren gelehrten Beruf ausübten, sollten durch Aufklärung für ihren früheren Beruf zurückgewonnen werden. Wo die Frau im wissenschaftlichen Leben steht, sollte ihr die Möglichkeit gegeben werden, zur Geltung zu kommen. Die hauswirtschaftliche Arbeit sollte als hochwertige Kulturarbeit anerkannt werden. Den Frauen möchte ich zurufen: Organisieren sie sich!

#### Abg. Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.):

Wir müssen bei dieser Interpellation zurückdenken an die Zeit, in der es hieß, die Frau gehört ins Haus. Es wäre sehr gut, wenn sich alle Frauen als Mutter im Haus betätigen könnten (Sehr richtig!). Die Frau ist jedoch immer mehr gezwungen worden, einen Beruf zu ergreifen. Wir sozialdemokratischen Frauen wünschten von jeher die

#### Aufklärung der Frau

damit sie nicht zur Rohrdürerin des Mannes wird (Sehr richtig!). Wenn die Frauen jetzt die politische Gleichberechtigung haben, so haben sie sie immer noch nicht im wirtschaftlichen Leben. Selbst wenn die Frau betätigt ist, ist sie in zahlreicher Maße gezwun-

### Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

12

Nachdruck verboten.

3.

Liefes Dunkel der Augustnacht wickelte das Gerrenhaus von Gorka umher wie in ein dickes, warmes Tuch.

Der Wikar hatte sich eben von den Herrschaften verabschiedet. Es war spät geworden, der Umweg über Niemcezyce hätte das Nachhausekommen verzögert. Dann war gewiselt worden, und dann hatte der Wikar, wie immer, wenn er in Gorka als Abendgast blieb, eine Andacht abgehalten, an der auch das Gefinde teilnahm. Frau Radwiga war ihm dankbar dafür; sie hatte ihn auch heute, trotzdem sie erschöpft war, „bis zum Umfinken“, wie sie sagte, darum gebeten.

Nun stand Gorka endlich draußen, unten am Fuß der dieselbst ausgefahrenen und zerissenen Freitreppe, die vom Gartenszimmer hinauf in den Park führte, und war erschrocken, als ihm keine Uhr — ein kostbares Namensarmband der Gorkynskis — halb elf wies. Und ärgerte doch noch.

Drinnen spielte die Gorkynska Chopin — warum tat sie das, wenn sie so müde war?

Tabellas perken die Ränse, aber — Kaberius Gorka schüttelte den Kopf — so war's doch nicht! Sie spielte denn doch zu willkürlich launenhaft; presto wo ritardando sein mußte, con dolore statt scherzando! Das hatte er schon sehr oft besser spielen hören.

Aber er blieb noch stehen. Gorkynski hatte wie gewöhnlich für ihn antworten lassen wollen, aber er hatte dankend abgelehnt. Er wollte heute gehen, mußte gehen, es war ihm im Bedürfnis, sich müde zu laufen.

Zwischen den geborstenen Steinplatten der Treppe und in hohen Gräse der verwilderten Parkwiese schritten Hunderte von Grillen; unaufgeklärt, gleich melodiosen Saitenspielen, sang ihr Gezirp, ohne Konfusse, ohne Noelle, und doch war etwas Gleiches darin, wie im Lied der Nachttaalen.

Der Nachtigallen hatte es viele gegeben im Seminargarten zur Frühlingszeit, und der junge Gorka hatte oft geklungen im weichen Dunkel, damals so, wie heute hier. Hören

die andern Seminaristen denn nicht die Nachtigall? Sie hatten es nie gehört.

In Gorkas Vorrede gab's keine Nachtigall; in den beiden Frühlingsen, die der Wikar nun schon hier erlebt, hatte nie eine ihren schätzenden Ausschrei erhoben. Man hielt ein Rabenrudel, denn aus dem Wallgraben, der den Park umschloß, stiegen Ratten und zernagten die Horstern und Fenstergardinen im großen Echaal zu ebener Erde.

Aber jetzt — hoch! Durch die zwei Reihen der uralten Säulenden, die sich wie ein dichtes Dach über den Wallgraben des Grabens wölben, fuhr ein halb erschrockener, halb jauchzender Mädchenkrei. Was, da badeten wieder die Formäde im Wallgraben! Und die Knochen kamen ihnen dabei über den Hals!

Wenn die Nächte so schwül sind und der Ernstesand so benehend, dann haben sich die Leiber, die behend Rock und Hemd abgestreift, wie weiße Statuen jenseits vom dunklen Grabenrain; keuchend glänzen sie herüber zu der einsamen Park, die ganz verborgen steht unter den hängenden Buchenästen.

Das Baden im Wallgraben war dem Gefinde verboten — ob man es anzeigte? Lieber nein! Der Inspektor war gleich groß, schlug darauf los mit der Ledergeißel oder zog Strafgeld vom Lohn ab. Und wußt das etwa die Seele rein, die eine Befreiung auf sich geladen?

Ein heimes Mädchen überhäuschte für einen Augenblick des Weislichen ernstes Gesicht. Langsam streckte er die Hand aus, hielt sie hinaus in die Dunkelheit und zog sie dann langsam und fest zur Brust geschlossen, wieder an sich zurück — diese Hand, so dünn, daß die Aern blau durchscheinerten, diese Hand, zur wie eine jähne Frauenhand, diese hielt diell.

Ein Atemzug hob die schmalhäutige Gestalt; sie schien sich höher zu reden. Die trockenen Lippen mit der unruhigen Zungenzäpe befremdend, lächelte der junge Wikar überlegen. Und diese Wikarzeit bei dem häuriden, stumpfsinnigen alten Professe von Pocka, war sie nicht nur ein Ueberhang? Was sollte wohl ein Gorka bei den Bauern? Den Böding, dem man beim Abschied vom Seminar von „besonderen Gorkynsen" gesprochen, die man auf ihr setzte, den Erden eines ural-

ten Namens — freilich nur eines Namens — den Verwandten eines Kardinals, ließ man nicht hier verkommen! Und war nicht die Freundschaft mit den Gorkynskis kein ein Tritt auf die Sprosse der Leiter? Gorkynski würde keinen andern sinnlichen Doktor den „hochverehrten Lehrern" seines Sohnes nennen — da hatten sich schon Einflüsse von oben ver geltend gemacht. Es war kein Genuß, den jungen Bolschew zu unterrichten, der Junge war hübsch faul. — Ja, wie alle, die einen reichen Vater hinter sich wiffen — aber die Zubereitung des kommenden Geschlechts, das Bolens neuen Bolens neuen Gorka begründen — wie?

Gastig wendete sich der Einsame um; hatte jemand gelacht? Niemand war da, nur die Nacht auf verfallender Treppe und im verwilderten Park. Nein, diese Jungen, die französisch plapperten bei der Sonne, dann am Wissen herumknippen und dann im preußischen Drill ihr Vaterland über verleugneten, wie Petrus Jesus Christus, den Herrn, die gründeten kein neues Polenreich, wenn nicht diese, diese — die Sand wieder austretend, sie erhebend in der Dunkelheit, atmte der Priester tief auf — diese hier sie stülte!

Vom Dom in der Stadt auf den sieben Hühen hallen die Gloden weit ins Land. Der Komornik im langschäftigen Rock, die Klobiete\*) im sonntäglichen Spener, das Mädchen mit den bleifarbenen Wänden an der Halsperlenkette — Männer, Weiber, Burden, Dirnen, Greise, Kinder, Abgeschleubene und noch Ungeborene — alle liegen vor dem Altar im Staub, geboriam der einen großen, heiligen, unergründlichen Macht — alle, auch diese da drinnen!

Der Wikar drehte sich um nach den Fenstern des Gartenzimmers — sie waren nicht mehr erleuchtet, das Spiel hatte aufgehört. Da ging er.

Die Grillen im Gras und Gemäuer hüpften immer ungestümer, wie Bekend vor Liebesungebuld. Er hörte sie nicht mehr.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Bäuerliche Ehefrau.

gen, immer noch mitzubehalten. Deshalb möchte auch ich ausrufen: Frauen, organisiert euch! Woher kam es, daß die Mädchen keinen

Dienst im Haus

mehr annehmen wollten? Weil man zuviel von ihnen verlangt und der Lohn sehr niedrig war (Sehr richtig). Ich meine, zehn Stunden Arbeit sind genügend auch für ein Dienstmädchen. Einige Stunden muß das Mädchen auch für sich haben, für Lesen usw. Die Mädchen haben heute große Ausgaben, wenn sie sich z. B. ein Wäschestück kaufen wollen. Ihre Forderungen sind daher berechtigt. Ich vermute, daß man Platz macht für die heimkehrenden Männer. Wenn die Familie nicht auf den Erwerb ihrer Töchter angewiesen ist, sollen diese Mädchen den Männern Platz machen. Wenn unser Wirtschaftsleben wieder besser ist, wird in vollem Maße wieder Platz für die arbeitenden Frauen sein. Auch für die Frau muß es heißen: Freie Bahn den Lichtgen! Mann und Frau sollen gemeinsam arbeiten zum Nutzen der Allgemeinheit. Früher wurde gegen die Frau angeführt, wenn sie öffentliche Rechte verlangte. Auch heute noch wird von vielen die Frauverehrung fast noch gewünscht. Mit dem Minister sagen wir, sobald eine bessere Arbeitsmöglichkeit eintritt, muß auch für die Frau Raum für produktive Arbeit geschaffen werden. Den wir brauchen auch die Frauenarbeit, um wieder vorwärts zu kommen. Deshalb verleihe ich den Kampf des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen die Frauen nicht. Sie sollen sich ein Beispiel an den Gewerkschaften nehmen, die sagen: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn (Rechtlicher Beifall bei den Sozialdemokraten).

Nach kurzem Schlusswort der Abg. Frau Weller (Dem.), die sich gegen die Verordnung des Demobilisationsamts wendet, wird die Behandlung der Interpellation geschlossen.

Abg. Maus (Soz.) fragt in einer kurzen Anfrage: Sind der Regierung die vorhandenen

Mißstände in den badischen Lungerheilstätten

bekannt und was gedenkt sie dagegen zu tun?

Arbeitsminister Müdert:

Der Regierung sind Beschwerden über die Zustände in den badischen Lungerheilstätten zugegangen. Auch hat sie geprüft. Es war deshalb zweckmäßig eine Untersuchungskommission mit dem badischen Ministerpräsidenten, um die Missstände festzustellen. Die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Inzwischen kann die Regierung jedoch noch kein Resultat mitteilen. Weiter gemeldete Missstände in Nordrach und Friedrichsheim werden untersucht.

Abg. Weishaupt (Zentr.) begründet folgende Interpellation: Ist der badische Regierung bekannt, daß die Verordnung vom 5. März und 18. März 1919, die

Sonntagsruhe

im Handelsgewerbe und in Apotheken betr., die Kaufleute und Gewerbetreibenden in den kleineren Städten schwer geschädigt und die Landbevölkerung zeitraubend belästigt?

Arbeitsminister Müdert:

bezieht sich auf die Verantwortung der gleichen Frage durch den Reichsarbeitsminister. Demgegenüber können gewisse Ausnahmefälle freigegeben werden. Darüber hinaus können wir nicht gehen. Was geschah konnte, haben wir für Baden getan. Ich zweifle nicht daran, daß in diesem Rahmen Missstände eingeschränkt werden können und hoffe auch, daß sich die Bevölkerung an die Einschränkungen gewöhnt. Die Bezirksämter werden von den zugelassenen Ausnahmefällen Gebrauch machen, so daß die Wünsche der Landwirtschaft so weit als möglich berücksichtigt werden.

Abg. Martin (Zentr.) ist von der Antwort des Ministers wenig befriedigt. Die Einschränkung rief bei den kleineren Geschäftskreisen Erregung hervor. Die strikte Durchführung der Sonntagsruhe bedeutet Förderung des Kaufhandels.

Abg. Schön (Dem.) weist darauf hin, daß der deutsche Mittelstand arbeiten will. Das Drängen der Handlungsgehilfen auf dem Lande verleihe ich nicht. Das Landvolk kann sich nicht nach Sonntag und Werktagen richten.

Abg. Spengler (Zentr.) schließt sich den Ausführungen der Rede an und betont, daß man sich mit der beschränkten Zahl freigegebener Sonntage nicht zufrieden geben könnte.

Abg. Forter (Soz.):

Wir können einer weiteren Durchsicherung der Sonntagsruhe nicht folgen. Die gleichen Gründe, die gegen den Achtstundentag vorgebracht wurden, werden jetzt gegen die Sonntagsruhe vorgebracht (Sehr richtig). Die Geschäfte sind am dem 8 Uhr-Lohnschluß nicht zugrunde gegangen und sie werden auch an der Sonntagsruhe nicht zugrunde gehen. Wir wünschen im Gegenteil Erleichterung der Sonntagsruhe, wie sie England hat. Ausnahmen, die nötig sind, billigen wir. So bei Apotheken, Ärzten, bei Gastwirtschaften, bei Lebensgefahr usw. Gerade die Handlungsgehilfen sind von morgens bis abends beschäftigt. Was für die Gehilfen und Gehilfinnen zutrifft, gilt erst recht für die Lehrlinge.

Wenn ein Lehrling die ganze Woche gearbeitet hat, ohne daß er einen Sonntag hat, so hat er überhaupt keine Erholung und keine Ruhe. Der ländlichen Bevölkerung ist es weniger um den Einkauf zu tun, als um die Ernte. An den freigegebenen Sonntagen ist Gelegenheit zum Einkauf. Es wäre ungerecht, anderen Leuten ihren freien Sonntag zu nehmen. Die Angeestellten verlangen mit Recht, daß sie den Sonntag frei haben, um auch Lust schöpfen zu können. Es ist, wie Beispiele beweisen, darauf hinzuwirken, daß Arbeitskräfte, die man den Landwirten zur Verfügung stellen, zurückgewiesen wurden (Hört, hört!). Der Mangel an Arbeitskräften scheint daher auf dem Lande nicht so groß zu sein. Es liegt nicht so, daß auf dem Lande Hunderte und Tausende von Arbeitslosen untergebracht werden können. Wir bitten den Minister dringend, nicht weiterzugehen, um keine Proteststimmung der Handlungsgehilfen herbeizurufen. Das Zentrum sollte Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften und auf die Handlungsgehilfen nehmen.

Abg. Engelhardt (Zentr.) ist von der Antwort der Regierung wenig befriedigt.

Abg. Kr. Nibel (Zentr.): Wir müssen uns zu Ausnahmen für den Sonntag bequemen. Die Angeestellten in den Landstädten genießen eine größere Freiheit als in der Großstadt.

Abg. Richter (Soz.):

Die Frage, daß die Landwirtschaft nicht genügend Arbeitskräfte hat, veranlaßt mich zu betonen, daß die Landwirte die Arbeitslosen nicht nehmen, wenn welche da sind. Wir treten für Freitagsentlohnung ein, sobald die Einkäufe am Samstag besorgt werden können. Wenn die Landleute Mittwoch oder Samstag ihre Produkte in der Stadt verkaufen, so können sie im Anschluß daran auch ihre Einkäufe besorgen.

Abg. Weishaupt (Zentr.) bedauert, daß Leute über ländliche Verhältnisse sprechen, die diese Verhältnisse nicht kennen. Ich bedauere die Haltung der Regierung.

Arbeitsminister Müdert: Die Ausführung des Herrn Weishaupt sind unzutreffend. Die badische Regierung muß sich den Bestimmungen des Reichsarbeitsamts fügen. Wir sind für weitgehende Milderung der Verfügung durch Verordnung vom 18. 6. eingetreten. Ich verleihe deshalb die Ausführungen des Herrn Weishaupt nicht und muß sie zurückweisen. Ich werde erneut die Bezirksämter auf milde Anwendung der Reichsverordnung hinweisen.

Abg. Weishaupt (Zentr.) meint, daß man sich nicht so sehr an die Berliner Verordnungen zu halten habe und wendet sich gegen die „Verkürzung“.

Abg. Schofer (Zentr.) stellt fest, daß der Minister sich nach diesen Ausführungen zu dem im Rahmen der Reichsverordnung zulässigen Milderung bereit erklärt habe. Die Landwirte müssen oft 16 und 18 Stunden im Tage arbeiten. Hierfür muß man Verständnis haben.

Arbeitsminister Müdert betont nochmals, daß was für Baden geschah konnte, vom Ministerium getan wurde. Die Angriffe des Abg. Göttsch (Dem.) sind ausdrücklich darauf hin zu weisen, daß Abg. Weishaupt zum Ungehörigsten gegen das Reich aufforderte.

Abg. Schofer (Zentr.): Eine derartige Denunziation kam noch nicht vor. Aufgabe des Volksvertreters ist es, für Milderung der Gesetze zu sorgen.

Abg. Großhans (Soz.): Ich möchte feststellen, daß der größte Teil der Linsen vom Lande stammt. Der größte Teil der Linsen kommt zudem jede Woche mit der Landbevölkerung zusammen. Wir sind deshalb nicht so laudierend als der Abg. Weishaupt meinte. Der Linsenanbau auf dem Lande ist nicht so groß, sonst müßte Platz für gekernter Landwirte sein, die vergebens einen Platz auf dem Lande suchen.

Abg. Weishaupt (Zentr.) weist auf die zahlreichen Gesuche nach Anzeichen und Mägen hin (Zwischenruf von links). Wenn die Landwirtschaft mehr verdienen würde, könnte sie auch höhere Löhne zahlen.

Abg. Göttsch (Dem.): Ich halte den Ausdruck Denunziation für nicht parlamentarisch. In seiner ersten Rede verlangte Herr Weishaupt, den Anforderungen von Berlin nicht Folge zu leisten. In seiner letzten Rede müßte er sich.

Präsident Kopp erklärt, den Ausdruck Denunziation nicht geneigt zu haben, da er nicht im Sinne der Anonymität gehalten war.

Abg. Karl (Deutsch-Natl.): Durch die Sonntagsruhe wird der Kaufhandel gefährdet.

Die Beratung der Interpellation wird geschlossen.

Abg. Weishaupt (Zentr.) zieht seine Interpellation bezüglich der Landwirtschaftsminister zurück, da die Regierung bereits an eine Neuorganisation schritt.

Eingegangen ist ein Schreiben des Abg. Jost (Soz.), in dem er mittel, daß er sich durch einen Automobilunfall genötigt sieht, sein Mandat niederzulegen. An seine Stelle tritt Herr Stadtbeworben Maxilian Arnold, Stadtbeworben in Mannheim.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwürfe, Interpellationen. — Schluß der Sitzung: 1,20 Uhr.

**Tag beim Landtag.** Wie aus dem Sitzungsbericht ersichtlich, teilte Abgeordneter Genosse Spiess-Mannheim der Kammer mit, daß er sich infolge seiner gesundheitlichen Verhältnisse genötigt sehe, sein Mandat niederzulegen. An Stelle des Genossen Spiess, der in Schlußfragen der Fraktion wertvoll war und dem wir eine baldige Besserung seiner Gesundheit wünschen, tritt Genosse Volentin Bauer (Gewerkschaftsbeamter in Heidelberg) in den Landtag ein.

In einem weiteren Schreiben teilte Abgeordneter Genosse M. Jost-Oberbach mit, daß er sich infolge eines Automobilunfalls genötigt sieht, sein Mandat niederzulegen. An Stelle des Genossen Jost, dem wir Wiederherstellung seiner Gesundheit wünschen, tritt Maximilian Arnold, Stadtbeworben in Mannheim, in den Landtag.

Der Hauptausführer hat die Vorstellungen über die Anforderungen für das Landesparlament noch ausgeführt und sich in seiner getriggen Sitzung mit dem neuen Steuergesetz über die Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer, worüber schon berichtet worden ist, beschäftigt. Es fand zunächst eine allgem. Aussprache statt. In deren Verlauf wurde von dem Abg. Seile ein Antrag gestellt, zunächst die Handelskammern und andere Handelstriebe gütlichlich zu hören. Die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokratie lehnten den Antrag ab, mit der Begründung, daß die Verabschiedung des Gesetzes nicht verschleppt werden dürfe. Eine Beschlußfassung über den Gesetzentwurf fand noch nicht statt.

Sozialdemokratische Währungsansätze zum Steuergesetz.

Die sozialdemokratische Fraktion bemerkt sich durch ernsthafte Kommissionsarbeit das vorkommende badische Steuergesetz mit weiteren sozialen Gesichtspunkten zu erfüllen. Zu diesem Zwecke stellte sie in der Kommission drei Währungsansätze, die eine Entlastung der unteren Einkommensklassen und eine stärkere Belastung der oberen Einkommens- und Vermögensklassen wünschlich.

1. Im einzelnen beantragt die sozialdemokratische Fraktion, den Tarif in Absatz 1 des § 1 des Gesetzesentwurfs bezüglich der Zuschläge zur Einkommensteuer wie folgt zu fassen (Die neuen Zuschläge auf die Einkommen bis 6000 M. fallen mit Ausnahme dieses Antrages weg. V. Neb.):

Table with 3 columns: Income level, Tax amount, and Percentage. Rows include 6000 M. bis ausschließlich (7200 M. 30 v. G.), 7200 M. " " (8000 M. 35 " " ), 8000 M. " " (9200 M. 40 " " ), 9200 M. " " (10000 M. 45 " " ), 10000 M. " und mehr (15000 M. 50 " " ).

2. Des weiteren wird beantragt, den Absatz 5 des § 2 bezüglich des Zuschlags zur Vermögenssteuer wie folgt zu fassen: Der Zuschlag beträgt bei einem reinen Vermögen von 50 000 M. bis ausschließlich 100 000 M. 10 %, 100 000 M. " " 200 000 M. 15 %, 200 000 M. " " 400 000 M. 20 % (In den Zwischenstufen bleibt der Regierungsentwurf bestehen).

Table with 3 columns: Income level, Tax amount, and Percentage. Rows include 7500 M. bis ausschließlich (10000 M. 175 %), 10000 M. " " (12500 M. 200 %), 12500 M. " " (15000 M. 250 %), 15000 M. " und mehr (300 %).

3. Außerdem wird noch beantragt, das Einkommensteuergesetz folgendermaßen abzuändern: a) Artikel 6 Ziffer 2 wird gestrichen. b) In Artikel 6 Ziffer 7 wird anstelle der Zahl 900 die Zahl 2400 gesetzt. c) In Artikel 21 wird anstelle der Zahl 3000 die Zahl 6000 gesetzt.

Der deutsche Gewerkschaftskongress.

3. Verhandlungstag.

k. r. Nürnberg, 2. Juli 1919.

Heute wurden zunächst Abstimmungen über die Anträge zum Reichstagsbericht vorgenommen. Vor der Abstimmung kommt es aber erneut zu hitzigen Zusammenstößen mit der Opposition, die erneut Geschäftsordnungsdebatten hervorriefen. Dittmann-Frankfurt a. M. frun an.

wie der letzte Absatz der Resolution Paeplov anzulegen ist, von der Antwort werde ihr Datum abhängig sein. Hanson von der G. R. erwiderte, der Gedanke, daß die Gewerkschaften nun künftig die Aufgaben der Arbeiterparteien übernehmen sollen, liege nicht vor, der Weg des englischen Trade Unionismus solle nicht beschritten werden. Es soll zum Ausdruck gebracht werden, daß wenn auch die Gewerkschaften ihre Beziehungen mit den sozialistischen Parteien lösen, an ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber dem Sozialismus und dem Klassenkampf nichts geändert ist: die Gewerkschaften betonen sich weiter als Klassenbewegung.

Auf Antrag der Opposition ist die Abstimmung über den Antrag Siebel, der für die G. R. ein Vertrauensvotum bedeutet, namentlich.

Die Delegierten der einzelnen Organisationen stimmen bezügl. Siebel. Von den Vätern stimmt deren Vorsitzender mit Nein, die anderen Delegierten mit Ja, bei den Bauarbeitern werden nur 2 Nein-Stimmen abgegeben gegen 27 mit Ja; bei den Bergarbeitern sind es 8 mit Nein, 38 mit Ja. Die Brauer, Buchbinder, Buchdrucker, Buchdruckerehilfsarbeiter, Büroangestellte, Chorjäger, Dachdecker, Friseur, Glaser, Hausangestellte, Guttmacher, Landarbeiter, Lithographen, Schiffszimmerer, Steinarbeiter, Steinseher, Tapezierer stimmen geschlossen mit Ja für das Vertrauensvotum. Die Eisenbahndelegation ist sehr gespalten, 15 Ja und 11 Nein. Von 55 Fabrikarbeiterdelegierten stimmen 17 mit Nein gegen die G. R. und 38 mit Ja für das Vertrauensvotum. Von 6 Gastwirtsgewerkschaften stimmen 4 mit Ja und 2 mit Nein. Die Gemeindegewerkschaften treten in ihrer großen Mehrheit für die Politik der G. R. ein und zwar 24 Ja gegen 7 Nein. Bei den Handlungsgehilfen stimmt die Mehrheit, 15 mit Nein, 11 mit Ja. Von den 19 Holzarbeitern stimmt nur Siegel-Berlin mit Nein. Von den Malern stimmen 5 mit Ja und 2 mit Nein, von den Malern 6 Ja und 2 Nein. Bei den Metallarbeitern stimmen 64 Delegierte mit Ja und 54 mit Nein. Bei den Schuhmachern ist es ebenso, 8 Ja, 5 Nein. Von den Schneidern stimmen 11 mit Ja, 4 mit Nein. Von 10 Tabakarbeitern stimmt nur einer mit Ja. Bei den Textilarbeitern stimmen 16 gegen und 14 für das Vertrauensvotum, bei den Transportarbeitern nur 2 gegen und 38 für, bei den Zimmerern 18 für und 3 gegen den Antrag. Große Beifallstürme erregte es, daß der Vertreter der Büroangestellten sich der Stimme enthält. Er begründete dieses später damit, daß seine Organisation noch neu und zu jung in der Bewegung sei.

Das Gesamtergebnis der Abstimmung ist: Für den Antrag Siebel stimmten 445 Delegierte, mit Ja 179 Delegierte eine Enthaltung. Das Stimmverhältnis nach der Mitgliederzahl wird erst ausgerechnet. Der Antrag ist aber mit großer Mehrheit angenommen. Die Anträge gegen die G. R. sind damit erledigt.

Auf eine namentliche Abstimmung über die Entschließung der Vorstände zu dem Streikverbot von Noke verzichtet hierauf die Opposition. Diese Entschließung, die jede Gewerkschaft ablehnt mit den bereits ausgebrochenen wilden Streiks, aber Einspruch erhebt gegen die Beilegung des Streikrechts der Eisenbahner, ist bereits veröffentlicht. Der Kongress stimmt ihm mit gewaltiger Mehrheit zu. Der Absatz, der an die gesamte Arbeiterchaft den dringenden Appell richtet, wilde Streiks zu unterlassen, wird gegen eine Stimme (Paul Lange-Berlin, Handlungsgehilfen) angenommen.

Zu dem Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes gibt Leipart zunächst eine Erklärung ab, monach sich der Kongress dagegen erklärt, daß auch heute noch mit Belagerungszustand vorzugehen wird. Der Kongress würdigt aber, daß künftig politische Streiks nicht mit Maßnahmengewalt und Handgranaten geführt werden. Stimme der Kongress dieser Erklärung zu, sei eine Abstimmung über den Antrag überflüssig.

Von der Opposition wird jedoch eine Abstimmung verlangt. Der Kongress stimmt zunächst einem Antrag auf Streichung der Worte „und täglich geht die Militärmaschinerie dazu über, neue Verhaftungen vorzunehmen“, die am Schluß des ersten Absatzes der Resolution standen, zu. Die gesamte Resolution wird hierauf abstimmt gegen wenige Stimmen angenommen. Es wird hierauf die Einberufung einer Reaktionskommission verlangt, die die Anträge überwiegen werden sollen.

Der Kongress lehnt dieses nach längerem Geschäftsordnungsdebatten gegen eine starke Minderheit ab.

Die abgeänderte und beschlossene Resolution lautet: Der 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands protestiert über die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Industriegebiet. Nachdem seit Wochen jeder größere Streik aufgehört hat, nachdem vollständige Ruhe herrscht, ist auch jeder Streikgrund gefallen, den Ausnahmezustand im Industriegebiet aufrecht zu erhalten. Hunderte von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern schmachten auf Grund dieses Ausnahmezustandes hinter Herkernauern.

Der 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert deshalb sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Hafentlassung der wegen Streikvergehen verurteilten oder in Schutzhaft genommenen Gewerkschaftsmitglieder und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßnahmen unterbleiben.

Die Entschließung Paeplov, die die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften ausdrückt, wird gegen 2 Stimmen angenommen. Ein Teil der Opposition enthielt sich der Abstimmung bei den Absätzen 3 und 4, weil diese Widerspruch enthielten.

Die weiter zu diesem Punkte vorliegenden Anträge werden als erledigt betrachtet.

Das Wort zu einer Erklärung erhält hierauf der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes Brunner. Er sagte: Die Berliner Zeitungen bringen Nachrichten über den weiteren Fortgang des Streiks der Eisenbahner. Die Regierung hat die Aufgabe gemacht, daß die Preise für eine Reihe Lebensmittel herabgesetzt werden, und daß in bezug auf das Rationieren den Wünschen der Eisenbahner Rechnung getragen werden soll. Nach diesen Zusagen hat der Vorstand des Eisenbahnerverbandes beschlossen, den Eisenbahnern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Wenn trotzdem der Streit aufs neue ausgebrochen ist, muß man annehmen, daß andere Motive zu Grunde liegen. Ganz hat ja in Verharmungen erklärt, daß jetzt die Eisenbahner werden dazu benutzt der U.S.R. Kontersdienste zu leisten. Ich muß erklären, daß der Deutsche Eisenbahnerverband damit nichts zu tun hat. (Beifall.)

Diese Erklärung ruft bei der Opposition starke Unruhe hervor. Lange-Berlin beantragt, Dittmann das Wort zu einer Gegenklärung zu geben. Er spricht dagegen. Wir haben unsere Zeit lange genug in Anspruch nehmen lassen, um die Geschäfte der U.S.R. zu besorgen.

Der Antrag Lange wird mit großer Mehrheit abgelehnt, was die Opposition mit Freirufen aufnimmt.

Aus der Partei.

3. badischer Landtagswahlkreis

Die außerordentlichen Anstrengungen der letzten Monate bei dem Neuaufbau unserer Organisation haben sich gelohnt. Überall sind unsere Organisationen im Wachsen begriffen, eine große Anzahl neuer Organisationen wurde ins Leben gerufen. Soll sich aber diese Arbeit zum Vorteil der arbeitenden Klassen weiter lohnen, dann ist es notwendig, daß auf dem einmal Geschaffenen weiter gebaut wird. Dazu gehört in allererster Linie eine reaktionäre Reaktion der Partei.

träge, eine pünktliche Geschäftsführung in den einzelnen Vereinen. Das Abrechnungsmaterial für das 1. Vierteljahr ist den Vereinen zugegangen; wir eruchen um recht baldige Erledigung, insbesondere aber um genaue Ausfüllung der Mitgliedsberichterstattung. Der Kreisvorstand.

Die Unabhängigen in den Parlamenten.

Die U.S.P. fordert bekanntlich die politische Mitbestimmung und die Diktatur des Proletariats. Sie vertritt den demokratischen Parlamentarismus, weist aber zugleich den Antiparlamentarismus zurück: sie will sich des Parlaments zur Erreichung ihrer Ziele bedienen. Darin liegt die Anerkennung, daß die Demokratie doch ein brauchbares Mittel ist, um dem Interesse des Proletariats zu dienen. Der ganze Standpunkt entspringt also der inneren Logik.

Genau umgekehrt ist das Verhalten der unabhängigen Abgeordneten in den Parlamenten selbst. In den öffentlichen Versammlungen schimpfen und toben sie sich nur autoritär aus. In den Kommissionen leisten sie teilweise ernste und fleißige Reformarbeit, und dabei ergibt sich alsbald sofortige reifliche Uebereinstimmung mit den Mehrheitssozialisten. Andererseits aber kümmern sich die Unabhängigen um die entscheidend wichtigen Ausschüsse gar nicht und begnügen sich damit, ihre Diäten zu verzehren und dafür keine Arbeit zu leisten. So ist zu den Ausschüssen über den preußischen Etat des Innern nur der unabhängige Abgeordnete Cohn einmal auf ein Ständchen erschienen, sonst war die U.S.P. unvertreten. Und an den Vorarbeiten zum ersten preußischen Sozialistengesetz hat die U.S.P. sich überhaupt nicht beteiligt.

Ein sozialdemokratisches Lehrerorgan.

Der freie Lehrer, Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Redaktion und Verlag Berlin SW. 68, Bismarckstr. 3. Preis 3,50 M für 1 Quartal, bei direkter Zusendung unter Kreuzband 4,15 M. Eine Probenummer gratis.

Die Zeitschrift will das geistige Bindeglied sein zwischen den weit verstreuten Lehrern der verschiedensten Schulgattungen, die eine Erneuerung unserer deutschen Schule im Sinne der Sozialdemokratie erstreben, und sie für die besonderen politischen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Sozialdemokratie schulen.

Die erste Nummer der neuen Zeitschrift bringt ein Geleitwort: 'Was wir wollen!' aus der Feder des langjährigen Leiters der Bildungsbewegung innerhalb der Sozialdemokratie, des ehemaligen Volksschullehrers Heinrich Schulz, außerdem eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit der Arbeit des Lehrers innerhalb der Jugend- und Bildungsbewegung beschäftigen und mit den Bestrebungen zum Zusammenfluß der Lehrer aller sozialistischen Richtungen kritisch auseinandersetzen.

Eine große Fülle von Materialien und kurzen Notizen aus der Lehrerbewegung vervollständigen die Nummer; aus einigen feuilletonistischen Skizzen fallen Streiflichter auf die Mängel der Schulen und unseres Volkes. Unsere freudlich gewünschte Zeitschrift wird die Entwicklung dieser neuesten Lehrerzeitung mit Interesse verfolgen.

Kassau, 5. Juli. Es sei jetzt schon auf die am Samstag, den 12. Juli, abends 7 Uhr, im Antersjale stattfindende Parteikonferenz hingewiesen. In derselben wird Gen. Minister Memmele einen der Zeit entsprechenden Vortrag halten und dabei auch vielen Anschuldigungen und Verdächtigungen, die unsern Genossen in der Regierung täglich immer entgegengejubelt werden, ins richtige Licht rücken. Wir bitten unsere Genossen und Genossinnen, jetzt schon für einen zahlreichen Besuch der Parteiverammlung Sorge zu tragen.

Witten, 4. Juli. Dienstag, den 8. Juli 1919, abends 7 1/2 Uhr findet im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine statt. Tagesordnung: Regelung verschiedener Differenzen. Um eine möglichst ausführliche herbeizuführen, ist ein vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

Appentöcker, 4. Juli. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde Ratsherr Albert Kessel mit großer Mehrheit gewählt, obgleich er sich geweigert hatte, die Kandidatur zu übernehmen. Ueberausend blieb, daß der vom Zentrum, der Demokratie und der Sozialdemokratie aufgestellte Kandidat die Sympathien der Bürgererschaft fand.

Osternburg, 5. Juli. Auf die öffentliche Versammlung, welche heute Abend in der 'Mittelhalle' stattfindet, sei noch einmal hingewiesen. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf fehlen. Es gilt, die wichtigsten politischen Tagesfragen zu besprechen und darnach zu handeln.

Baden.

Wünsche der Justizaktare. Von zuständiger Stelle wird uns zu dem von uns in Nr. 139 vom 18. Juni gebrachten Artikel geschrieben: Der Artikel 'Wünsche der Justizaktare' im 'Volkfreund' Nr. 139 meint, daß in der Staatsverwaltung alle Amwärter, die eine gewisse Mittelschulbildung nachgewiesen haben, als mittlere Beamte angestellt würden. Das ist unzutreffend; nicht nur die Mittelschulbildung an sich, sondern neben ihr das Bestehen der Fachprüfung ist im allgemeinen das notwendige Erfordernis für die von den Einleitern erstrebte Anstellung als mittlere Beamte. Aber gerade daran fehlt es bei ihnen. Sie haben zwar die Akwarprüfung, nicht aber die Gerichtsschreiberprüfung bestanden. Die letztere aber ist die Fachprüfung, von der die Anstellung als mittlere Beamter im Justizdienst abhängig ist; die Akwarprüfung war in der Justizverwaltung nur eine der Gerichtsschreiberprüfung vorausgehende theoretische Vorprüfung. In der inneren Verwaltung wurde dagegen nur eine Prüfung abgelegt, in der dementsprechend auch alle nötig erscheinenden Anforderungen gestellt wurden. Die Revidentenprüfung verschaffte nur noch weiter die Anwartschaft auf die Laufbahn als Rechnungsprüfungsbeamter.

Die Justizaktare, welche die Gerichtsschreiberprüfung bestanden haben, werden als mittlere Beamte angestellt; diejenigen, die sich ihr nicht unterzogen oder sie nicht bestanden haben, werden nur entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen im Rangdienst oder als untere Bürobeamte angestellt.

Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer. Die laut Rott in der Montagnummer in Aussicht genommene Verlängerung des Kriegsteilnehmergesetzes ist inzwischen schon erfolgt durch Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 17. Juni 1919 Reichsgesetzblatt S. 521. Hiernach ist die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder, bis zum 1. Januar 1920 nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Vom 1. Juli 1919 ab treten aber einige Änderungen ein zu Ungunsten des Schuldners gegenüber dem durch die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 14. Dezember 191 Reichsgesetzblatt S. 1427 geschaffenen Rechtszustand.

Bis hier durfte die Bewilligung der Vollstreckung in allen Fällen nur erteilt werden, wenn ihre Verjagung offenbar undig-

wäre. Grundsätzlich war also die Bewilligung immer zu verjagen, dem Gläubiger war es überlassen, wollte er die Bewilligung doch erzielen, darzutun, daß ihre Verjagung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig sei. Vom 1. Juli 1919 ab bleibt es bei diesem Rechtszustand nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil der in Betracht kommenden Fälle. Für die Mehrzahl der Fälle ist vom 1. Juli 1919 ab die Bewilligung grundsätzlich zu erteilen und nur dann zu verjagen, wenn, was der Schuldner darzutun hat, ihre Erteilung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Diese Umkehrung der Beweislast zu Ungunsten des Schuldners tritt ein:

1. wenn die Bewilligung nach Ablauf von sechs Monaten seit Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft des Schuldners nachgeprüft wird, 2. wenn die Bewilligung nachgeprüft wird für eine Forderung, die nach Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft entstanden ist, 3. wenn die Bewilligung für Unterhaltsbeiträge nachgeprüft wird, die kraft Gesetzes für bestimmte Zeitschnitte zu entrichten sind, soweit die Beiträge für den zur Zeit des Geschehes laufenden Zeitschnitt gesuldet werden.

Während ferner nach dem bisherigen Rechtszustand der Schuldner ausnahmslos vor der Bewilligung der Zwangsvollstreckung zu hören war, kann vom 1. Juli 1919 ab die Vollziehung von Arresten und einstweiligen Verfügungen von dem Vollstreckungsgericht auch ohne Anhörung des Schuldners bewilligt werden.

m. Manfensch, 4. Juli. Man schreibt uns: Auf Antrag der demokratischen Fraktion im Landtag wurde feinerzeit von der Regierung der Beschluß gefaßt, die Jagden des ehemaligen großherzoglichen Hofes öffentlich zu versteigern, bezw. zu verpachten. Wie man nun hört, will das frühere großherzogliche Hof- und Jagdamt nur einen kleinen Teil des Hartwobes zur Ausübung der Jagd öffentlich verpachten lassen. Die bayerischen Kreise haben aber das größte Interesse daran, daß der ganze Hartwob, bis zur sogenannten Jagd-Expositionen Straße zur Jagd freigegeben und verpachtet wird. Dieses Interesse besteht hauptsächlich in dem längst gehegten Wunsche der ländlichen Bevölkerung, dem seitlichen hohen Wildstand zu steuern und ferner ist es auch nicht zeitgemäß, daß einigen Herren ein Nejeratrecht zum Schaden der Staatskasse, wie solches seit der Jagd war, eingeräumt wird.

Mannheim, 4. Juli. Montag abends 8 Uhr findet im 'Anker' eine wichtige Sitzung der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion statt.

L. Aßern, 3. Juli. Eine Schiebergesellschaft großen Stils, bestehend aus zwölf Personen beiderlei Geschlechts, wurde am Dienstag und Mittwoch in den umliegenden Orten aufgefressen und in sicheren Gewahrsam gebracht. Während in den Gebirgsorten hauptsächlich Schnaps aufgekauft wurde, handelte man auf dem flachen Lande ebenfalls um teures Geld Tabak zu sammeln. Die Waren sollten nach norddeutschen Städten ausgeführt werden. Die Gesellschaft, die über eine Million Mark bei sich geführt haben soll, wurde in der Gegend von Ebnath im Offenburger Kreis aufgegriffen. Mannheim, 5. Juli. Wie die 'Bad. Landeszeitung' mitteilt, hat sich Marschall Koch mit dem Verbleib der gegenwärtig in Mannheim befindlichen deutschen Truppen einverstanden erklärt.

Mannheim, 5. Juli. Wie wir erfahren, sollten von Mannheim aus zwei Schiffe mit nahezu 2000 Tonnen Zement unverzüglich nach Holland verfrachtet werden. Das Arbeitsministerium bekam aber Nachricht von der Sache, beschlagnahmte den Zement und ordnete an, daß er in Baden vorwiegend für Kleinwohnungsbauten abzugeben ist. Es ist erfreulich, daß durch das rasche und energische Vorgehen des Arbeitsministeriums eine erhebliche Menge des für unsere Bautätigkeit so wertvollen Baustoffes im Lande geblieben ist.

Mannheim, 4. Juli. Bei der Firma Broton, Robert u. Co. ist neuerdings ein Streik ausgebrochen. Die Veranlassung bildete eine am Montag der Firma zugestellte Forderung aus 20 1/2% Löhnerhöhung und auf Zahlung einer einmaligen Feuerungszulage von 200 M. Die Leitung der Werke hat es abgelehnt, mit den Arbeitern über die Forderung zu verhandeln. Deshalb legten die Arbeiter und die Betriebsbeamten die Arbeit nieder.

Wetzheim, 5. Juli. Unter dem Verdacht seine Frau vergiftet zu haben wurde der Ehemann der Frau Amalie Staal verhaftet und die Leiche der Frau ausgegraben.

Werrach, 5. Juli. Nach Blättermeldungen haben die schweizerischen Behörden sich nun mit der Wiedereröffnung des bad. Bahnhofs Basel einverstanden erklärt.

Vollstreckungsamt. Durch Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung verkehrt vom 6. Juli ab an allen Spieltagen ein Verbindungszug nach Speyer als Ostheim aufwärts 6,28 Uhr mit Anschluß ab Ostheim aufwärts 6,41 Uhr. Damit ist auch den Speyererfahrern bei Ostheim-Freiburg und dem Schwarzwald äußerst günstige Anschlussmöglichkeiten geboten. Ebenso verkehrt ein weiterer Zug abwärts als Ostheim 8,43 Uhr, Ankunft Karlsruhe 9,06 Uhr ohne Halt auf Zwischenstationen. Das Spiel erfreut sich fortgesetzt eines guten Besuchs und findet glänzende Aufnahmen.

Eine „fette“ Gegend.

Kappelrodt (Ami Aßern), 1. Juli. Am Freitag vor Pfingsten holte ein fleißiger Metzger abends ein etwa 2 1/2 Zentner schweres Schwein, anschließend aus Ostheim. In toller Hast sollte die Beute seiner besonderen Bestimmung zugeführt werden. Aber, o weh! Dieses am Hinterfuß befestigte Schwein wollte sich durch die Kluge seinem Schicksal entziehen, sprang aus dem Wagen und wurde etwa 3 Kilometer weit geschleift. Zurufe Vorübergehender erschütterten nur noch das Fabeltempo. In der Nähe Fuchsbach entdeckte endlich der Fuhrmann sein auf die Beute verendertes Schwein. Trotzdem soll das Fund Fleisch zu 0 M nicht schlecht gewesen sein. Was sagt die Polizeibehörde dazu?

Ein besonderes Red beim Hofmann hatte kürzlich eine hier gut bekannte Frau Doktor, deren Gatte im Frühjahr d. J. seine Kräfte nach der Herberberger Gegend verlegte. Die anscheinend guten Bezugsquellen von früher zogen die Frau bisher wiederholt nach Ostheim. Als sie kürzlich wieder hier war, mietete sie sich einen kräftigen Gepäckschlepper, um das ziemlich reichliche Gepäck an die Bahn zu bringen. Eine Viertelstunde später warteten in Aßern aber schon die nötigen Kräfte, um der Frau Doktor neben andern 25 Pfund Fleisch und 5 Pfund Butter abzunehmen. Die Frau soll sich sehr ungenut von ihrem Fleisch und Butter getrennt haben. Ob sie wieder kommt?

Ein Genosse von hier, der kürzlich in Mannheim in einer Wirtschaft war, und durch seine Mundart auffiel, wurde nach seinem Heimatsort gefragt. Als die Fragesteller Kappelrodt hörten, waren sie ganz entzückt. Die meinten, da könne man doch noch gut essen und trinken. Auf die Einladung unseres Genossen, wenn sie sich drei Wochen lang mit je 45 Gramm Fleisch fett essen könnten, sollten sie nur mitkommen, erklärten sie: Wir haben ja erst kürzlich in Waldum einen halben Ochsen gegessen usw.

Die Arbeiterchaft, die trotz ihrem gegen früher erhobenen Verdienst sich keine Schieberware leisten kann, fragt sich vergeblich, warum wird das alles geblendet? Wo sind die Gewerkschaften, wenn sie sich drei Wochen lang mit je 45 Gramm Fleisch fett essen könnten, sollten sie nur mitkommen, erklärten sie: Wir haben ja erst kürzlich in Waldum einen halben Ochsen gegessen usw.

Die Arbeiterchaft, die trotz ihrem gegen früher erhobenen Verdienst sich keine Schieberware leisten kann, fragt sich vergeblich, warum wird das alles geblendet? Wo sind die Gewerkschaften, wenn sie sich drei Wochen lang mit je 45 Gramm Fleisch fett essen könnten, sollten sie nur mitkommen, erklärten sie: Wir haben ja erst kürzlich in Waldum einen halben Ochsen gegessen usw.

Deutsche Nationalversammlung.

(Schluß der Donnerstagsitzung.)

Abg. Vogel (Soz.): Am Gegenjah zu Herrn Dr. Heim stehen wir bayerischen Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß trotz der in diesem Artikel festgelegten Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches noch eine genügend weitgehende Berücksichtigung des einzelstaatlichen Eigenlebens übrig bleibt. Auch haben wir eine Vereinfachung und Verbilligung der ganzen Verwaltung dringend notwendig.

Abg. Ragenstein (Soz.) wendet sich gegen die Abänderungsentsätze. Die Einzelstaaten werden durch die Verfassung nicht erheblich beeinträchtigt. Den besonderen kulturellen Aufgaben der einzelnen Länder wollen auch wir Rechnung tragen. Der Redner geht auf Einzelheiten ein.

Damit schließt die Besprechung. Die Artikel 8-10 werden mit den Änderungen der Abg. Ablass und Hermann mit großer Mehrheit angenommen. Ebenso erfolgt die Annahme des Artikels 11, der Grundzüge über die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben betrifft.

Zu Artikel 12 begründet Abg. Gasse einen Antrag der Unabhängigen dahingehend, daß über den Einspruch nach näherer Vorchrift des Reichsgesetzes ein oberer Gerichtshof des Reiches entscheidet. Die Einzelstaaten müssen ein Einspruchsrecht gegen die Entscheidungen der Reichsregierung haben, damit das Reich beispielsweise die Sozialisierung in den Einzelstaaten nicht hindern könne. Der Antrag wurde abgelehnt und der Artikel 12 in der ursprünglichen Fassung angenommen. Weiterhin wurden angenommen: die Artikel 13 bis 16.

Bei Artikel 17 entspann sich eine längere Aussprache darüber, ob die Grundzüge für die Wahlen zum Volksovertreter auch für die Gemeindegewählten gelten sollen. Dieser Artikel wurde schließlich unter Ablehnung aller Abänderungsansätze in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die Beratung des Artikels 18 wurde ausgesetzt.

Artikel 19 wurde unverändert angenommen. Es folgte die Beratung des Abschnitts 2 (Reichstag). Der Artikel 1 wurde angenommen. Zu Artikel 2 beantragte Abg. Arnstadt (Dsch.Nat.), die Festsetzung des Wahlrechtsalters auf 20 Jahre zu streichen und diese dem Reichswahlgesetz zu überlassen.

Abg. Dr. Heinze (D. Sp.) beantragt für den Fall der Ablehnung dieses Antrages, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen. Abg. Auer (Soz.) beantragt einen Zusatz, wonach der Wahltag ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein muß.

In der weiteren Debatte bemerkte Abg. Faimann-Berlin (Dem.), man dürfe die jungen Leute von 20 bis 24 Jahren nicht vom politischen Leben fernhalten.

Abg. Bauermann (D. Sp.) beantragt gleichfalls die Herabsetzung des Wahlalters. Dem 20jährige Jugendliche und Jungfrauen haben nicht die Weisheit und das volle Verständnis für die Ausübung der bürgerlichen Rechte.

Abg. Frau Gause (Soz.): Aus Dankbarkeit schon mühte man den jungen Krieger den Wahlrecht gehen. Wer zu befinden worden ist, sein Blut für das Vaterland zu vergießen, der sollte auch sein Wort in die Wagschale werfen dürfen. (Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Biel (U.S.P.): Die Proletarier-Jugend hat eine so furchtbare Jugend durchgemacht, daß sie mit 20 Jahren für das Wahlalter reif ist.

Die Abstimmung über § 21 wird bis morgen Nachmittag ausgesetzt. Artikel 22 bestimmt, daß der Reichstag auf 3 Jahre gewählt wird und vor Ablauf der Neuwahlen stattfinden müssen. Der Reichstag tritt zum ersten Mal spätestens am 22. Tage nach der Wahl zusammen.

Die Deutsch-Nationalen begründen einen Antrag auf ein 5jährige Legislaturperiode, den die Deutsche Volkspartei unterstützen will.

Abg. Ragenstein (U.S.P.) fordert die Ablehnung des deutsch-nationalen Antrages, der Reichstag dürfe die Verbindung mit dem Volke nicht verlieren.

Der Unabhängige Wurm erklärt sogar für seine Partei die Bereitwilligkeit, auch für eine kürzere Periode einzutreten. Damit schließt die Besprechung.

Die Abstimmung wird auf Antrag des Abg. Quard (Soz.) eine namentliche sein und wird auf morgen verschoben. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. Fortsetzung.

Weimar, den 3. Juli.

Am Regierungstisch: Erzberger, Dabid. Präsident Fernbach eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr.

Abg. Bauermann (D. Sp.) stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß die Löhne der Arbeiter in der Post- und Eisenbahnverwaltung erheblich über die Gehälter der unteren und sogar der mittleren Beamten emporgehoben sind. Der Antragsteller fragt die Regierung nach ihrer Stellungnahme zu der Umkehrung dieser Verhältnisse, die die Unzufriedenheit der Beamten erzeuge.

Der Regierungsrat Samich gibt den in der Anfrage gestellten Zustand als richtig an. Er findet die Erklärung darin, daß die Arbeiterlöhne und die Beamtengehälter auf ganz verschiedene Grundlage gestellt werden. Die gegenwärtigen Verhältnisse müssen als vorübergehend angesehen werden, denn der Abbau der Arbeiterlöhne stäbe bei Enten der Preise außer Frage.

Darauf wird die Beratung fortgesetzt. Zu Artikel 25: Neuwahl eines aufgelösten Reichstages spätestens am 90. Tage beauftragt.

Abg. Gasse (U.S.P.) einen Antrag seiner Partei, die Neuwahlen spätestens am 90. Tage anzusetzen. Nach kurzer Debatte wird der Art. 25 unter Ablehnung des Antrages der Unabhängigen angenommen. Nach Art. 26 wählt der Reichstag seinen Obmann.

Abg. Hausmann (Dem.) beantragt, statt Obmann wieder einzusetzen Präsident.

Abg. Beyerlein (Centr.): Wir haben uns bemüht, überall gutes volkstümliches und gemeinverständliches Deutsch anzustreben. Abg. Hausmann (Dem.): Das Wort Obmann erzieht durchaus nicht vollständig das, was man bis jetzt unter einem Präsidenten verstanden hat. Aus dem Grunde erscheint es mir erwünscht, den Ausdruck Präsident beizubehalten.

Abg. Ablass (Dem.) setzt sich für das Wort Obmann ein. Der Antrag Hausmann wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach Art. 31 soll die Wahlprüfung durch ein Wahlprüfungsgericht vorgenommen werden. Ein unabhängiger Antrag will die Wahlprüfung wie bisher durch den Reichstag selbst vornehmen lassen.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Die Entscheidung eines Gerichtes wird allgemeinen Vertrauen begegnen. Außerdem wird sie das Verfahren beschleunigen. Der Antrag wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Hierauf werden die gestern angelegten Abstimmungen über Art. 21 und 22 vorgenommen.

Bei Art. 21 werden die Anträge der Deutsch-Nationalen und der deutschen Volkspartei gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt und der Artikel in der ursprünglichen Fassung angenommen. Der Antrag Auer (Soz.), der Wahltag muß ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein, wird gegen die Stimmen der beiden rechten Parteien, des Zentrums und eines Teiles der Demokraten angenommen.



**Colosseum.** Das Stoffspiel Jean Vagheims erfreut sich großer Beliebtheit. Bisher gelangt das, vom hiesigen Publikum mit außerordentlichem Beifall aufgenommene Volksstück mit dem Titel „Das Prachtmädel“ zur Aufführung. Morgen Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, nachmittags 4 und abends 8 Uhr.

**Sausfrauenbund.**  
(Speisegettel für die Zeit vom 6. Juli bis 12. Juli.)  
Sonntag: Sagouppe, Kastanien mit Rotkraut oder Wirsing.  
Montag: Käsebraten mit Kartoffel.  
Dienstag: Hühnersuppe, Gekochter Nudelsalat u. Gekochtes.  
Mittwoch: Nudelsuppe, Gekochtes mit Brot und Gemüse.  
Donnerstag: Gekochtes, Gekochtes mit braunem Beigut.  
Freitag: Gekochtes, Gekochtes mit Salat oder Gemüse.  
Samstag: Gekochtes, Gekochtes mit Kartoffel.  
Abends: Wurst mit Kartoffelsalat.

### Rechte Nachrichten.

**Judenprogramme.**  
Bern, 5. Juli. Das „Lemberger Tagbl.“ meldet unter dem 29. Juni: Seit drei Tagen wüten in Lemberg heftige Erregungen gegen die Juden. Die Geschäfte werden ausgeraubt, jüdische Passanten werden überfallen, ihnen der Bart abgeschnitten oder

ausgerissen. Am Bahnhof wurden die ankommenden Juden beschimpft und verprügelt. Einem Juden wurde am Bahnhof beim Absteigen des Wagens ein Stück Fleisch herausgeschnitten, worauf der Täter noch 20 Kronen für die Verwundung extra verlangte. Die Behörden stehen dem Treiben ganz passiv gegenüber und ergreifen keine Maßnahmen zum Schutze der Juden.

**Hindenburg der Verantwortliche.**  
Berlin, 5. Juli. General von Hindenburg hat anlässlich seines Rücktritts an den Reichspräsidenten folgende Erklärung abgegeben: Herr Reichspräsident! Die Unterzeichnung des Friedensvertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Verordnungen und Anordnungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1918 trage ich die alleinige Verantwortung. Auch sind alle mit der Kriegführung zusammenhängenden Beschlüsse und Befehle seiner Majestät des Kaisers und Königs auf meinen ausdrücklichen Rat und meiner vollen Verantwortung verhängt und erlassen worden. Ich bitte diese Erklärung dem deutschen Volke und den alliierten Regierungen zur Kenntnis zu bringen. gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

**Vereinsanzeiger.**  
Karlsruhe, (Deutscher Metallarbeiterverband, Felzungsmonteure und Helfer.) Am Samstag, den 5. Juni, Versammlung im „Gambirius“, Erbsengartenstr. 20, abends 8 Uhr. Berichtserstattung über die Verhandlung in Stuttgart. Ref. Kollege Bartels. Erscheinen sämtlicher Kollegen unbedingt notwendig. 4708 Die Branchenleitung.  
Karlsruhe, („Lassalle“) Morgen Sonntag nachmittags von 4 Uhr ab, gemütliches Beisammensein im Cafe Max, Kriegstr. 101. 4755

**Karlsruhe, (Deutscher Metallarbeiterverband, Felzungsmonteure.)**  
Am Sonntag, den 6. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, Versammlung im „Reifen Weg“, Waldstraße, Cafe Erbsengartenstraße. Neuherst wichtige Verhandlungen. Erscheinen aller Monteure, Hilfsmonteure und Helfer unbedingt erforderlich. 4709 Die Branchenleitung.  
Reibolsheim, (Sozialdem. Verein.) Am Sonntag, den 6. Juli, vormittags 9 Uhr, Versammlung im „Löhren“. 4748  
Gaggenau, Der Arb.-Gesangverein „Freiheit“ hält heute, Sonntag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Hecht“ seine ordentliche Vierteljahrsversammlung ab. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 4758 D. Vorstand.

Unsere heutige Nummer umfasst zwei Blätter mit zusammen 10 Seiten.

**URIN-Untersuchungen**  
Laboratorium für  
**Auswurf-Sekret-**  
Klinische Diagnostik  
Dr. Lindner  
Kaisersraste 80.

**Kopfwaschpulver**  
überall erhältlich

**Medizin**  
offene Füsse, Krampfadern, Leiden heilt sogar in vorzweifelhaften Fällen mit überraschendem Erfolg die **hautbildende** schmerz- u. juckreizlösende „**Vater Philipp-Salbe**“. Preis 2.- u. 3.75 Mk.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **Tatogen-Laboratorium, Sztikelmeh-Rominten 7.**  
**Engroslager bei Leopold Fiebig.**

**Welt-Kino**  
Kaiserstrasse 133.

**Ab heute:**  
**Der Hund von Baskerville**  
I. Teil  
nach dem berühmten gleichnamigen Kriminalroman  
**Spannender Detektivschlager in 4 Akten.**  
Die Hauptrollen sind besetzt von den beliebtesten Künstlern:  
**Hanni Weise, Alwin Neuß und Friedrich Kühne.**  
Wenn Sitzplätze frei:  
**Herrin ihres Geschicks**  
Gesellschaftsdrama in 5 Akten.  
In der Hauptrolle: **Ingeborg Spangfeld.**

**Voranzeige:** 4751

**Der Hund von Baskerville**  
II. Teil vom 19. bis 22. Juli.  
**Der Hund von Baskerville**  
III. Teil vom 23. bis 26. Juli.  
**Der Hund von Baskerville**  
IV. Teil vom 27. bis 30. Juli.

Jeder Teil umfasst 4 Akte und ist eine für sich selbst abgeschlossene Handlung.  
Es versäume niemand, sich dieses äußerst spannende und interessante Filmwerk anzusehen.

Die **Volks-Buchhandlung**  
Karlsruhe, Adlerstrasse 16

Sobien erschienen! empfiehlt: Sobien erschienen!

**Das Einmachen der Früchte und Gemüse**

Die Herstellung von Obstmus, Marmeladen, Gelees, Frucht-Weinen, Essig usw. mit 22 Abbildungen  
Preis 1,80. Porto 10 Pfg.  
Betrags-Briefmarken einsenden.

**COLOSSEUM.**  
Verlängertes Gastspiel von  
**Platzheim**  
dem Meister des Kölner Humors.  
Täglich abends pünktlich 8 Uhr.  
Sonntag den 6. Juli 1919, zwei Vorstellungen nachm. 4 u. abends 8 Uhr  
**Ein Prachtmädel.**  
Volksstück mit Gesang in 3 Akten  
von Oskar Walter und L. W. Stein. Musik von Rudolf Nelson.  
Vorverkauf täglich vormittags von 10-12 Uhr,  
Sonntags von 11-12 Uhr an der Colosseumskasse.

**Todes-Anzeige.**  
Unerwartet starb gestern abend 11 Uhr meine Frau  
**Maria Brädle**  
geb. Hofus.  
Karlsruhe, den 4. Juli 1919.  
Der trauernde Gatte:  
**Gottfried Brädle.**  
Die Beerdigung findet Sonntag vormittags 12 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt. 4763  
Trauerhaus: Veilchenstrasse 22.

**Rudolph Holl, Dentist**  
Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz  
Fernruf - 793.  
Sprechstunden: 8-12 und 2-6. 4702

**Städtisches Konzerthaus.**  
Samstag, den 6. Juli 1919. 4764  
Uraufführung:  
**Röslein auf der Heiden.**  
Singspiel in drei Akten von Rich. Manz und A. Leon. (Volksliederspiel.)  
Die vorkommenden Gesänge sind dem Volk elieder schatz entnommen.  
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Sonntag, den 6. Juli 1919:  
**Röslein auf der Heiden.**  
Singspiel in drei Akten von Rich. Manz und A. Leon. (Volksliederspiel.)  
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

**Residenz-Theater**  
Waldstr. 30 Schillerstr. 22.  
Programme für Samstag einschl. Dienstag.

**Billig zu verkaufen!**  
Mehrere kompl. Betten, eichene Küchenschrank, mehrere polierte Schränke, Schiffschiff, Chaiselong, polierte Kinderbettstellen mit Matratzen. Vertiko 120 M. Kommode 70 M., ganze Küche, Trumeau, Vertiko, Salontische, Bettstelle mit Kofte, Teppich etc.  
**Krämer,**  
Laden Kaiserstraße 69, Eingang Waldhornstraße.

**Foxterrier**  
linke Kopfseite schwarzbraun gezeichnet, auf der linken Seite des Rückens freischnitten schwarzen Fleck, entlaufen. Gegen Rückgabe gute Belohnung.  
Ettlingerstraße 5, III.

**Mandolinen, Gitarren, Zithern, Blechharmonikas**  
kauft 4008

**Levy** An- und Verkaufsgeschäft.  
Markgrafenstraße 22.

**Schön. Diwan** Markgrafenstraße 22.  
Ovaltisch pol. 35.-, rund. Tisch zum Zusammenklapp. 20.-, 2 Pat.-Nische, 90x185 50.-, zusammen, schöne neue Küche 480.-, 2 Spiegel 8.- u. 3.-, 2 Tür. Tischschrank 100.-, Anzug f. große starke Figur 160.-, 1 Paar. Dach für Sportwagen 10.-, pol. Bettstelle 25.-, Herren Leder-Anzug (Auto-Anzug) 150.-, groß. Bettbett 100.-, 2 Kissen à 20.- zu verkaufen.  
S. Sonntag, Kommissions-Gesch., Markt-Friedrichstr. 19. Tel. 2161. 4761

**Zwei tüchtige Model-Schreiner**  
finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei **Christoph Hagner,** Grödingen, 4731  
Modellschreiner mit Maschinenbetrieb.

**ALA** Chem-Fabrik AG  
Frankfurt/M.

**besten Schuh-Putz.**

Zentralbüro: Bockenheimer-Lsdstr. 19  
Tel. Taunus 1761/62, Hansa 7978.

**Tuch-Abfälle,** Lumpen, Flaschen, Metalle, Papier, Tier- und Menschenhaare kauft **Generstein,** Waldhornstraße 37, Telefon 3481. 4710

**Daniels** 4510  
**Konfektionshaus**  
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.  
Reichsware:  
Jackenkleider, Röcke, Kinderkleider, Blusen.  
Vollk. Bett, 2 türiger Schrank, weißer Waldtisch, Kinderbadewanne zu verkaufen. Rumpf, Leopoldstr. 55, 5. u. 1. Et. 4522

**Richtung!**  
Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbstbeihilfe und geübten Leuten gut und billig ausgeführt.  
Näheres Adam Werle, Schefelstr. 42, ptr.

**Blusen Kostümchen, Kinderkleider, Herren Anzugstoffe, Kleider u. Schürzenstoffe, Billige Preise.**  
**Evertz & Co.**  
Sirtstr. 38, 1 Et.

**Druckmaschinen**  
die **Vollschreibmaschinen**

**Hypothekengeld**  
ca. 60 Mille auf erste Stelle zu 4 1/2 %  
ca. 10 Mille auf zweite hat zu 5 % zu vergeben  
**Bankhaus Carl Götz**  
Scheffelstraße 11,  
5. Rathhaus. 4764

**Rochherde**  
neu hergerichtet unter jeder Garantie für sachmännische Arbeit preiswert z. verkauf.  
Karlsruhe - Klippur,  
4618 Ostf. Acker,  
Rastatterstraße 21.

**Damen Schneiderin**  
sucht Arbeiterinnen u. Lehrlinge. Auch solche zum weiter ausbilden.  
Fittterer, Rheinstr. 25 pt.  
Eingang Ruitstr. 4735

**Staudenbuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe**  
Erfolgreich. Karl Winter von Rastatt, Kaufmann hier, mit Luise Herr von hier. Friedr. Eckhardt v. Schindlern, Landwirt alda, mit Luise Gärter v. Eppelheim. Josef Hartlieb v. Oestringen, Geiger hier, mit Elisabeth Gantler von hier. Carl Kleier von hier, Schreiner hier, mit Sofie Carpent er. Wwe. von Dagsfeld. Wilh. Doll v. Aglasterhausen, Tapezier u. Dekorateur hier, mit Anna Dörch von hier. Adolf Pelchner v. Fran for a. M., Antiquar hier, mit Franziska Krieger von Oedbach. Aug. Gemünden v. Rimmelsheim, Küfer hier, mit Albertine Jung geb. Adler von Dill-Weihenheim.

**Tausend und eine Frau**  
Lebensbild in sechs Akten.  
**Kuhprinzen und Stallbaron**  
Lastspiel in drei Akten.

**OPRUM**  
die Sensation der Nerven  
in 4750 sechs gewaltigen Akten.

Tanz-Kurs E. Stöhr

Sonntag den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr
Tanz-Unterhaltung
im Restaurant Auerhahn, Schönenstr.

Bekanntmachung.

Meldestunden f. Kriegsbefähigte u. Renteneinpfänger
bei der
Versorgungsabteilung
des

Bezirkskommandos Karlsruhe

(Neue Art.-Kajerne, Mostfeststraße)
vom 7. Juli ab nur Montag, Dienstag, Donnerstag
und Freitag und zwar jeweils vormittags von 9
bis 12 Uhr.

Lebensmittel-Verteilung

Woche vom 6. Juli bis 12. Juli 1919.

- 1. Grauen 250 gr Kopfmenge, Preis 22 Pfg.
gegen die Marke F Nr. 115.
2. Wärmelade, 250 gr Kopfmenge, Preis 65 Pfg.
gegen die Marke G Nr. 115.

Obst-Verteilung.

In den Obstverkaufsgeschäften
Nr. 55 bis 77 einschließlich
kommen heute, den 5. Juli dieses zur Verteilung.

Der Wabre Jacob ist erschienen.

Luxem.
Lichtspiele.
168 Kaiserstrasse 168.
Von Samstag, 5., bis einschl. Freitag, 11. Juli.
Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfelds
Die Prostitution
Anifa Berber Conrad Veith
Gussy Hüll Rifa Clermont

Amerikanisches Weizenmehl.
Von Montag, den 7. Juli, bis einschließlich Donnerstag,
den 10. Juli 1919.
Nebenverdienst
1800 Mark
Buch über Ehe
Chaiselongne
Arbeitslosen
Stärke-
Wäsche
Dampfwalchanfall
Schorpp

Bekanntmachung.

Nachstehende, vom Landespreisamt und der Landes-
brennholzstelle festgesetzte Brennholzpreise, treten mit
sofortiger Wirkung in Kraft:
1. Buchenholz, gefügt und grob gespalten,
frei Keller Zentner 6,80 M.

Bekanntmachung.

Besitzer von Sauggas-Anlagen
in Karlsruhe werden ersucht, ihren Betrieb bei und
zwecks Anforderung von Braunkohlen-Briketts anzumel-
den.

Daufragung.

(105. Rufe.)
Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst
einberufener Wehrpflichtiger sind an Geldgaben in der
Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1919 weiter eingegangen:

Wer sucht einen guten
Nebenverdienst
Ein Schreinermeister
vom Land sucht
1800 Mark
als Anleihe zu 5 Prozent
u. monatlicher Rückzahlung.

Städtisches Bierordtbad.

Grosse Schwimmhalle.
Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktags vor-
mittags 10-11 Uhr und nachmittags 2 1/2-4 1/2 Uhr,
sowie freitags von 6-7 1/2 Uhr, mit Ausnahme
Samstag nachmittags.



# Photogr. Vergrößerungsanstalt

## Fritz Albrecht

Yorkstrasse 10

Telephon 2443

### liefert Vergrößerungen

in tadelloser Ausführung unter Garantie grösster Haltbarkeit. Da meine Vergrößerungen in eigener Werkstatt hergestellt werden, konkurrenzlose Preise und schnellste Lieferung.

Vertreter gesucht.

852

### Uns Freude u. Dankbarkeit

teile ich jedem gegen Einkerbung von 25 Pfennig in Marken mit, wie ich durch eine noch nie gesehene Kur, welche die Gichtsäure in ganz kurzer Zeit aus Körper und Blut ausseidet, und nur dieses bringt Heilung, mit nur 40 Mk. Auslagen im ganzen ohne Veruschörung von meinem alten schmerzhaften, in Steifheit überangegangenen Gicht- u. Rheumatismsleiden vollständig geheilt wurde trotz meiner 65 Jahre. Mein Fall war mit dieser Kur der erste, ist aber jetzt nicht mehr maßgebend, sondern seit 1. Januar ds. Jrs. haben über 2000 Personen diese Kur auch erprobt und sind bis 1. Juli von den ersten Monaten Januar, Februar, März, April ca. zwölftausend Heilungsberichte eingelaufen u. allen Altersgenossen u. von Fällen von Patienten, die schon jahrelang das Bett hüten mußten. Das sind über 80% Heilungen, das ist genug. Sie riskieren nichts, als die 25 Pfennig, und was Sie dafür erhalten, wenn Sie leidend sind, ist es zehnmal wert. Erst nach Erhalt dieses sende ich Ihnen, wenn Sie wünschen, die Adressen, wo Sie die Mittel zu Tagesreisen beziehen können. Die Ankündigung erfolgt nur heute, deshalb gleich genaue Adresse mit Postamt und Amtsbezirk senden oder ausschneiden und auch Ihren Nebenmenschen, die leidend sind, mitteilen.

Ang. Emil Herzog, Fellbach-Stuttgart  
Cannstatterstrasse 2. 4728

**Dr. Wirz, Facharzt innerer Leiden**  
Karlsruhe, Georg Friedrichstr. 2.  
Eigene Fachheilmethoden für Frauenleiden, Weissenfluss, starker Regel, Vorfall, von Nieren-Harnleiden (ohne Spritz- und Schmierkur), Kropf, Gicht, Beinleiden, Ohrläusen, Bettlässigen, Hamorrhoiden. — Broschüren: „Nervenschwäche“, „Augendiagnose“, „Selbstarzt“ à M. 2. 607

**Rechtsanwalt Felix Bylinski**  
wohnt jetzt  
**Kaisersstrasse Nr. 36**  
gegenüber Warenhaus Knopf.

### Pfänderversteigerung

Am Mittwoch, 16. Juli 1919, vorm. von 9 Uhr und nachm. von 2 Uhr an findet im Versteigerungslokal des Bekleidungslokal des Schwannstr. 6, 2. Stod, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 14038 bis mit Nr. 14979 gegen Verjährung statt.

Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt am Versteigerungstage sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen.

Karlsruhe, 25. Juni 1919.  
Stadt. Pfandleihkassa.

### Gefangenenverein „Freundschaft“

Sonntag, den 6. Juli  
**Ausflug**  
in das „Albtal“.  
Abfahrt Albtalbahnhof 9<sup>00</sup> Uhr.  
Alles Nähere befragen die Rundschreiber. 4737  
Der Vorstand.

### Tanz-Kurs E. Stöhr.

Jeden Montag u. Freitag 8 Uhr Abends  
**Tanzstunde**  
im Rest. „Auerhahn“, Schützenstraße. Teilnahme jederzeit willkommen.  
Sofortabend 4495  
E. Stöhr.

### Vertreter gesucht.

Für die Orte Ettlingen, Malsch, Muggensturm, Mörch, Forchheim u. Rastatt werden überall brauchbare Vertreter gesucht für eine alte gut eingeführte Lebensversicherung. Offert. bei dem Volksfreundbüro abzugeben. 4542

**Praktische Winke und Geschäftskünste** für jed. Kaufmann wichtig, enth. die loebten in 7. Aufl. neuerdichtene Schrift: „Einkaufspraktiken u. Verkaufsmethoden d. Waren- u. Kaufhäuser.“ Gegen Einzahlung v. 1.50 Mk. oder Nachnahme durch Verlag Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 87.

**Taschenuhren**  
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraubs 4604

### An- u. Verkaufsgeschäft

**Rastatt. Rastatt.**  
Verkauf von **Alt- u. Möbel**  
Vesichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.  
**Karl Rauch,**  
Raherstr. 49, Rastatt. 49.  
Ein Posten 4601

### Socken

per Paar 3.— Mark.  
**Arthur Baer**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 133  
Eingang Kreuzstraße, 1 Str.

# Möbelhaus

## Gebr. Bär Kaiserstr. 111 u. 115 Eingang Adlerstr.

Reserve-Magazine Zähringerstr. 80 und 82. — Telephon 4997.

Infolge günstiger Einkäufe — offeriere so lange Vorrat — bei freier Lieferung auch nach auswärts

### Aussteuer I Aussteuer II

**Aussteuer I** in schöner Ausführung, bestehend aus:  
**Schlafzimmer**, in weiss, eichen oder nussbaum gestrichen  
**Wohnzimmer**, poliert, in verschiedenen Arten  
**Küche**, in mehreren Farben  
zusammen Mk. 1685.—  
Mit poliertem Nussbaum-Schlafzimmer, Marmor und Spiegel Mk. 2460.—

**Aussteuer II** in modernen Stilarten und besten Ausführungen bestehend aus:  
**Schlafzimmer**, eichen, hell oder dunkel, mit Spiegel und Marmor  
**Wohnzimmer**, gediegene Form und geschmackvolle Ausführung  
**Küche** in verschiedenen Modellen und Farben  
zus. M. 2995.— u. 3775.—  
Mit Speisezimmer, dunkel eichen Mk. 4435.—

**Einzelmöbel** wie Buffets, Chaiselongues, Vertikos, Flurgarderoben, Sofas, Schreibtische, Tische, Stühle, Patentröste, Matratz., Küchenschranke etc.  
**Jahrelange Garantie.** 4742

Besichtigen Sie unsere Auslagen u. Lagerräume, die ohne Kaufzwang gestattet ist.

### Elegantes Maß-Korsett

von Mk. 10.50 an 4680

fertige Hüften bei Stoffjagde! Aller Art Stoffreste, neue oder gebrauchte Militär-Unterholten, Hemden, Handtücher, Bettlaken, Servietten, Kopfbügele etc. finden sich in jeder Haushaltung und lassen sich zu Korsetten, Reformkorsetten, Leibchen, Brusthalter etc. verarbeiten. Garantie für guten Sitz. Allerbeste Stoffe.

### Korsetten-Haus Schuster

Ettlingen, Kronenstrasse 3. Auf Postkarte kommt Dame ins Haus.

**Uhren-Reparaturen**  
werden pünktlich und billig unter Garantie ausgeführt.  
Uhren werden angekauft.  
**S. Klaus :: Uhrmacher ::**  
Hauptstr. 20

**Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft**  
von R. Schilff 21., neubearb. Auflage, 697 Seiten mit 850 Abbildungen, Mk. 13.85. Der Landwirtschaftslehrling 9.10, Eintrügl. Gemüselbau 9.70, Gartenbuch 5.75, Kaninchenzucht 3.60, Ziegenzucht 3.60, Geflügelzucht 3.60, Geflügelzüchtung 3.60, Entenzucht 2.20, Gänsezucht 2.20, Vienenzucht 5.—, 1000 Rezepte zu Gande, Kartoffeln 6.—, Güter Ton und seine Sitte 5.50, Mod. Tanzlehrbuch 3.95. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20, Geschäfts- u. Privatbriefsteller 5.50. Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Berlin CS 14, Annenstrasse 24. 3795

Mehrere selbständige  
**Kassennmacher und Helfer**  
für Omnibusbau zum sofortigen Eintritt gesucht.  
Bewerbungen mit Zeugnissen sind zu richten an 4722  
**Benzwerke Gaggenau**  
Gaggenau i. B.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband Karlsruhe.

### Blechner u. Installateure!

Am Montag, den 7. Juli, abends 5 Uhr, findet im Lokal „Zur Gambriunshalle“ die fällige **Monats-Versammlung** statt. Tagesordnung:  
Bericht über die gestellten Forderungen.

### Familiärer Ausflug

Am Sonntag, den 6. Juli, findet ein **Familiärer Ausflug** der Blechner und Installateure nach der Zentelmühle statt.  
Sammelplatz: Albtalbahnhof morgens 6 Uhr. Probiant ist mitzunehmen. 4707  
J. A.: Die Branchenleitung.

### Freie Turnerschaft Rastatt.

**Einladung zum 5jährigen Stiftungsfest**  
im Ankersaal, am Sonntag, den 6. Juli, abends 5 Uhr beginnend, verbunden mit **Gesang, turnerischen Aufführungen und Tanz.**  
Eintritt pro Person 50 Pfg.  
Zu recht zahlreichem Besuche ladet höflichst ein **Der Turnrat.** 4744

Wieder! Werbet für den Volksfreund.

### Rassensunden der Stenereinnahmerei Karlsruhe-Stadt.

Die Rassensunden der Stenereinnahmerei werden in Abänderung der anders lautenden Aufdrucke auf den bereits ausgegebenen Forderungsetzeln, wie folgt, festgesetzt:  
In der Zeit vom 16. April bis 15. September auf 7-1 1/2, an den Samstagen und am letzten Werktag des Monats auf 7-12 Uhr, in der Zeit vom 16. September bis 15. April auf 8-2 1/2 bzw. 8-12 Uhr.  
Karlsruhe, den 2. Juli 1919.  
Finanzamt. 4732

### Unsere Geschäftsräume

sind vom 7. Juli 1919 an geöffnet:  
Montag bis Freitag v. 7-3 Uhr, Samstags v. 7-1/2 Uhr  
Kassen täglich von 7-1 Uhr  
Kohleverkauf täglich von 10-12 Uhr.  
Stadt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsamt.

### Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter.  
Samstag, d. 5. Juli 1919, abends v. 7 1/2 - 11 Uhr,  
**Volksfällige Musik-Aufführungen**  
des Orchester-Vereins, Karlsruhe. 4740  
Leitung: Herr Kapellmeister Karl Krohne.  
Eintrittspreise wie bekannt, zugleich 5 Pf. Luftbarkeitssteuer.

### Stadtgarten.

Sonntag, den 6. Juli 1919, nachmittags von 1/2 bis 7 Uhr  
**Volksfällige Musik-Aufführungen**  
des Orchester-Vereins Karlsruhe.  
Leitung: Kapellmeister Karl Krohne.  
Eintrittspreise wie bekannt zugleich 5 Pf. Luftbarkeitssteuer.  
Bei schlechtem Wetter findet das Konzert in der Festhalle statt. 4741